

NIEDERSCHRIFT

über die Beratung der Gemeindevertretung am 17.05.2018

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Bürgersaal
Beginn: 18:05 Uhr
Ende: 23:20 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Eröffnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung Kleinmachnow und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden, Herrn Tauscher.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur Sitzung an alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter fristgerecht erfolgte.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 17. Mai 2018

Als Tischvorlagen an alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter wurden verteilt:

- Bericht 2017 des Geschäftsführers der Freibad Kiebitzberge GmbH
- Beantwortung von Anfragen

Ergänzungen und Änderungen zur Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 17. Mai 2018 liegen nicht vor.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 17. Mai 2018 wird festgestellt.

TOP 3 Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 12. April 2018

Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 12. April 2018 liegen nicht vor.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 12. April 2018 wird festgestellt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

1. **Frau Lutz, An der Stammbahn 21**
- 1.1 **Ich bin noch nicht so lange wieder in Kleinmachnow. Mein Appell richtet sich insbesondere an die Fraktion B 90/Grüne. Ich bin regelrecht erschüttert, was hier gerade geplant wird. Den Mauerstreifen direkt an meinem Grundstück erlebe ich als ein Biotop, das sich entwickelt hat, mit sehr vielen Tieren. Es ist wirklich wunderschön. Ich bin nach Kleinmachnow zurückgezogen nicht weil ich schnell in der Stadt sein wollte, sondern weil ich das Grüne hier mag und die Ruhe brauche. Ich arbeite in Berlin-Mitte, ich komme schnell nach Berlin-Mitte und ich verstehe das Anliegen überhaupt nicht, dass hier eine Regionalbahn installiert werden soll. Ich bitte auch zu bedenken, dass die Bahn eine der größten Umweltverschmutzer ist, weil sie einfach die Gleise freihalten muss. Frau Sahlmann, ich habe Ihr Anliegen gelesen, dass der Verkehr von der Straße muss. Das ist ein gutes Anliegen, gebe aber zu befürchten, dass, wenn wir hier Bahnhöfe haben, dass Parc and Ride Verkehr geben wird und dass wir Parkhäuser brauchen. Für Kleinmachnow heißt das eher, dass es mehr Verkehr geben wird. Ich möchte mit dem Appell schließen, sich an die grüne Politik zu erinnern und nicht den Fehler zu machen, der in den 80er und 90er schon mal gemacht wurde, als große Stadtpläne waren z. B. große Stadtautobahn in Kreuzberg etc. Heute sind alle froh, dass die Hausbesetzerszene das verhindert hat. Für mich bedeutet innovative Politik nicht, ganz schnell viele Straßen- oder Bahnwege zu bauen, sondern grüne Räume für die Menschen zu erhalten. Ich bitte Sie inständig, als grüne Politik und mich als Wählerin der Grünen nicht zu vergessen wo Sie herkommen und dass es mir um die Natur in Kleinmachnow geht.**

Vorsitzende des UVO-Ausschusses, Frau Sahlmann

Ich will das jetzt nicht ausweiten. Wir werden ja nachher diesen Punkt noch ausführlich diskutieren. Sie müssen nicht nur die Grünen ansprechen. In beiden Ausschüssen, Bauausschuss und UVO-Ausschuss, gab es einstimmige Zustimmung zum Beschlussvorschlag, den der Bürgermeister ausgearbeitet hat. In diesem Beschluss ist es auch möglich, eine S-Bahn als Schienenanbindung zu haben. Wir werden aber keine S-Bahn bekommen, das ist das Problem. Im Vortrag auf der Mobilitätskonferenz, an der Herr Kaczmarek und Herr Dill vom Verkehrsverbund anwesend waren, haben wir das gehört. Wir plädieren nicht für die Regionalbahn, wir nehmen auch eine S-Bahn, aber wir plädieren für die zwei Haltepunkte in Kleinmachnow, so wie es im Beschluss steht.

2. **Herr Kolb, Illisfang 7**
- 2.1 **Mein Anliegen ist, auch für die Kinder zu sprechen. Ich bin Elternsprecher und auch im Kreiselterrat. Grundsätzlich möchte ich die Frage an die Gemeindevertretung stellen, warum sich so akribisch auf die Stammbahn fokussiert wird, weil wir ganz andere Themen haben. Im Kreistag wurde beschlossen, dass in Teltow eine Gesamtschule gebaut wird, die verkehrstechnisch anzubinden ist. Da nützt die Stammbahn gar nichts. Wir sind dafür, dass die S 25 mindestens bis nach Stahnsdorf verlängert wird. Warum fokussieren Sie nur die Stammbahn und beziehen nicht die gesamte TKS-Region mit ein? Wir hatten eine Umfrage an alle Fraktionen in Teltow, Stahnsdorf und Kleinmachnow gestartet. Bis auf SPD und LINKE aus Kleinmachnow haben wir von allen ein Feedback erhalten. Die Bürgermeister aus Teltow und Stahnsdorf**

sind ganz klar für ein TKS-Konzept, was ich hier in Kleinmachnow nicht sehe. Wir sind eine Region und dafür sollten wir alle einstehen und nicht nur für Kleinmachnow.

3. Herr Lemke, Zum Kiefernwald

3.1 In dem Beschluss, der heute zur Abstimmung kommt, sind keine belastbaren Zahlen zu finden. Herr Ernsting hat Zahlen, die er mir vor einem halben Jahr versprochen, aber bis heute noch nicht genannt hat. Der Beschluss, der heute zur Abstimmung steht, wäre so wie es in Zehlendorf gemacht worden ist. Dort steht drin, dass die Zehlendorfer die Stammbahn brauchen, damit sie endlich in die Landeshauptstadt Potsdam kommen. Wenn der Antrag aus Zehlendorf zitiert wird, dann sollte man sich auch mit dem Inhalt auseinandersetzen. Frage an den Bürgermeister: Was halten Sie von der Aussage eines Mitgliedes einer namhaften Bürgerinitiative, dass der Ringschluss nicht machbar ist. Das heißt eigentlich nur, wir haben zwei Regionalaussschuss-Beschlüsse, also einen Doppelbeschluss, wo es um die Stammbahn und den Ringschluss ging.

Heißt das nun wirklich, dass man mit den Stimmen von Teltow und Stahnsdorf sich nur das am Leben erhalten der Stammbahn gesichert hat? Die Stammbahn ist im Prinzip auch von Zehlendorf bis zum Potsdamer Platz. Das sollte man sich einfach mal überlegen. Ich möchte einfach auch noch mal die Frage stellen, warum ich hier in Kleinmachnow bin. Das ist nicht der Bürgermeister oder die Gemeindevertretung, das sind die öffentlichen Nahverkehrsverbindungen die ich habe. Ich bin in 12 Minuten an einem Bahnhof. Jetzt frage ich mal, welche Gemeinde in Deutschland oder europaweit hat dieses Niveau?

4. Herr von Blanckenburg, An der Stammbahn

4.1 Ich bin etwas ratlos wegen dieser Bahnplanungen. Vielleicht kann mir das noch jemand erklären. Die S-Bahn hat offensichtlich keine Chance, die Regionalbahn, das wissen wir alle, wenn wir uns die Geschichte der Regionalbahnplanungen anschauen, wird hier nie halten, weil es schlichtweg unattraktiv ist. Wannsee ist ein Umsteigepunkt und die nächsten interessanten wären Zehlendorf und Steglitz, weil es dort größere Verkehrsknotenpunkte gibt. Ich verstehe nicht, warum sich die Gemeinde der Illusion hingibt, dass wir davon profitieren, wenn diese Regionalbahn gebaut würde. Das ist mir ein komplexes Rätsel, muss ich ehrlich sagen. Auch habe ich noch keinerlei Planungen gesehen zu der Frage, wie ein Bahnhof eigentlich an den ankommenden KFZ-Verkehr anzubinden wäre, also Parkplatzflächen etc. Dafür ist meiner Ansicht nach in Kleinmachnow nirgends Platz. Diese ganze Konzeption ist für mich ein großes Rätsel und ich frage mich, ob es sich hier nur um Liebhaber von Gleisen handelt.

5. Herr Groß, Franzosenfichten

5.1 in der Beschlussvorlage habe ich gelesen, dass die Gemeindevertretung davon ausgeht, dass auf den Gleisen der künftigen Stammbahn kein Güterverkehr stattfinden wird. Ich frage die Gemeindevertretung wie sie denn dazu kommt, weil die Deutsche Bahn schon vor 20 Jahren, solange ist die Diskussion ja schon im Gange, angekündigt, dass sie selbstverständlich über die Gleise der Stammbahn Güterverkehr leiten wird. Auf jeden Fall den Güterverkehr, der jetzt über die Wannsee-Bahn zum Bahnhof Lichterfelde geleitet wird. Da gibt es ja viele Industriegleise und diese Güterzüge werden dann

wahrscheinlich nachts dort langfahren.

6. Herr Habermann, Eichenweg 4

- 6.1 In unserer Gegend sind relativ viele Altenheime und Einrichtungen mit alten Herrschaften. Mein Schwager ist schwerbehindert und wir holen ihn relativ häufig zu uns nach Hause. Das Problem vieler, die auf den Rollstuhl o. ä. angewiesen sind, ist, dass die Wege im Erlenweg, in der Klausenerstraße und der Gradnauerstraße derart katastrophal sind, dass man mit dem Rollstuhl auf den normalen Gehwegen kaum fahren kann. Wird da Abhilfe geschaffen?**

Bürgermeister Herr Grubert

Vielen Dank für Ihre Frage. Das Problem der schlechten Gehwege in der Villenkolonie ist uns bekannt. Zukünftig werden wir als Gemeindeverwaltung bei der Anlegung von Gehwegen immer darauf achten, dass sie barrierefrei oder zumindest gut begehbar sind von älteren Bürgern und Bürgern mit Rollator, Rollstuhl oder Kinderwagen. Allerdings muss ich eine kleine Enttäuschung bereiten, die Gehwege Klausenerstraße und Eichenweg sind nicht in der mittelfristigen Planung von zwei bis drei Jahren auf der Tagesordnung. Es gibt eine Prioritätenliste die wir gerne einmal hier in der Gemeindevertretung vorstellen können. Im Moment kann ich Ihnen aber keine Zusage geben, dass in der mittelfristigen Planung der Jahre 2018/2019/2020 mit einer Verbesserung durch eine Neuanlage der Gehwege zu rechnen ist.

Herr Habermann

Wenigstens eine Absenkung an den Übergängen wäre ideal.

Bürgermeister Herr Grubert

In unserem Programm enthalten sind die barrierefreie Einstiegsmöglichkeit an den Bushaltestellen sowie die Absenkung von Gehwegen und da werden wir sicherlich in den nächsten Jahren auch die Villenkolonie mit ihren Straßen berücksichtigen, so wie wir das in anderen Bereichen in Kleinmachnow auch schon gemacht haben.

7. Frau Vosskühler, Erlenweg 29a

- 7.1 Dem möchte ich mich anschließen. Ich bin gestern von der Bushaltestelle Klausenerstraße mit meinem Partner zu uns zur Haustür gegangen. Normalerweise brauche ich fünf Minuten, wenn ich alleine gehe. Mit ihm zusammen habe ich über 30 Minuten gebraucht, weil der Gehweg so miserabel ist, dass er aus Vorsicht extrem langsam gehen muss. Sich da verträsten zu lassen geht doch nicht. Man fühlt sich als alter Mensch und auch als zur Familie gehörig, wirklich schlecht behandelt in dieser Gemeinde. Sie nennen sich familienfreundlich. Das kann doch nicht sein, dass das ewig so weitergeht. Dann schaffen Sie wenigstens den Ausdruck familienfreundlich ab.**

Herr Tauscher, Vorsitzender der Gemeindevertretung

Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass wir daran sind, etwas zu optimieren, um an bestimmten Stellen eine Entschärfung vorzunehmen, aber es muss insgesamt eingeplant werden. Diese Probleme, gerade in der Zuwegung für das Augustinum, sind mehrfach erörtert worden, aber sie bedürfen halt einer wirklich verantwortlichen Veränderung der Oberfläche der Straßen.

8. Herr Lembke, An der Stammbahn

- 8.1 Ich komme noch einmal auf die Stammbahn zurück. Meine Frage richtet sich an Frau Sahlmann. Woher haben Sie die These, dass eine S-Bahn nicht wirtschaftlich sei? Es gab eine VBB Korridoruntersuchung in letzten Jahr, die kann jeder nachlesen, ein sehr intensives Dokument. Ich habe es mir zu Gemüte geführt. Da steht drin, dass eine S-Bahn-Variante das Dreifache an Fahrgästen herbeiführen würde, als eine Regionalbahn auf der Stammbahn. Da frage ich mich schon, worauf Sie diese These stützen. Übrigens, wenn Sie die auf Herrn Kaczmarek stützen, dann empfehle ich Ihnen mal einen Blick ins Archiv der PNN. Es gibt einen wunderbaren Zeitungsartikel von 2005, wo Herr Kaczmarek noch verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion in Berlin war. Damals hat er sich vehement für eine S-Bahn auf der Stammbahn eingesetzt, heute ist er Lobbyist der Bahn und macht Fern- und Güterverkehr. Regionalbahn heißt das dann für ihn. Das sollte man sich mal zu Gemüte führen. Man sollte überlegen, auf wen man dann hört.**
- Im Hauptausschuss, wo ich zugegeben war, und wo der Beschluss diskutierte wurde, sagte Herr Ernsting, dass die Masse von Kleinmachnowern tendenziell in die Berliner Innenstadt will. Auch da wüsste ich gerne, ob die Gemeinde dazu belastbare Zahlen beim Verkehrsunternehmen angefragt hat. Liegen sie vor? Bestätigen sie das? Oder ist es womöglich genau andersherum? Ich habe mir mal die Mühe gemacht und etwas recherchiert und angefragt. Nach meiner Erkenntnis muss ein Großteil der Kleinmachnowenerinnen und Kleinmachnowener täglich in den Südwesten der Stadt, aufgefächert hauptsächlich Zehlendorf, Steglitz und Charlottenburg Wilmersdorf. Nur wenige hundert Personen müssen direkt nach Mitte und dass sind die Einzigen, die von einer Regionalbahn aus Kleinmachnow Sicht profitieren würden.**

TOP 5	Mitteilungen, Informationen, Berichterstattungen
--------------	---

TOP 5.1	Bericht des Bürgermeisters
----------------	-----------------------------------

Einwohnerentwicklung per 17. Mail 2018

Einwohner mit Hauptwohnung:	20.507
Einwohner mit Nebenwohnung:	650

Statistik

- 1.131 Personen sind zwischen 80 bis 89 Jahre alt
- 278 Personen sind zwischen 90 und 99 Jahre alt, eine Person davon wird am 22. Mai 2018 100 Jahre alt
- 2 Personen sind 100 Jahre alt
- 1 Person ist 102 Jahre alt
- 1 Person ist 103 Jahre alt und
- 1 Person ist 105 Jahre alt.

Eintragung ins Goldene Buch der Gemeinde Kleinmachnow

Mit einer Eintragung in das Goldene Buch der Gemeinde Kleinmachnow wurde am 8. Mai 2018 die Aktionsgruppe „Stolpersteine“ geehrt. Die Gruppe hat im Straßenbild der Gemeinde Kleinmachnow bisher 22 Stolpersteine in den Boden eingelassen. Mit den kleinen Messingplatten wird an Menschen erinnert, die ihren letzten freiwilligen

Wohnsitz in Kleinmachnow hatten, ehe sie unter der Naziherrschaft Opfer von Vertreibung, Emigration und Deportation wurden.

Gedenken an Nordahl Grieg

Nordahl Grieg starb am 2. Dezember 1943, als die Lancaster LM 316, in der er als Kriegsberichterstatte mitflog, über Kleinmachnow abgeschossen wurde. Jedes Jahr am 17. Mai begeht Norwegen den Verfassungstag (Funktion des Nationalfeiertages). Aus diesem Anlass fand heute wieder eine Gedenkveranstaltung am Gedenkstein für Nordahl Grieg im Beisein des norwegischen Botschafters in Deutschland, Herrn Sven Erik Svedman, statt.

Schülerschachturnier

Am 26. Mai 2018 findet im Bürgersaal des Rathauses Kleinmachnow wieder das Schülerschachturnier statt. Beginn ist 9:00 Uhr.

Parkplatz Freibad Kiebitzberge

Am Dienstag, den 29. Mai 2018, wird der neu gebaute Parkplatz für das Freibad Kleinmachnow freigegeben. Vor dem Ausbau hatte der Parkplatz 102 Stellplätze und nach dem Ausbau stehen 176 Stellplätze zur Verfügung. Die Kosten für den Ausbau des Parkplatzes belaufen sich auf ca. 800.000 Euro.

Freibad Kiebitzberge

Nach der Sanierung des Freibades Kiebitzberge findet am 2. Juni 2018 die feierliche Eröffnung statt.

Lange Nacht der Kultur

Am 9. Juni 2018 findet in der Gemeinde Kleinmachnow die 6. Lange Nacht der Kultur statt.

Frau Dr. Bastians-Osthaus

Ich habe Ihre Aufmerksamkeit leider erst nach dem Aufrufen des nächsten Tagesordnungspunktes bekommen. Ich bin ein bisschen irritiert über das Vorgehen. Die Einwohnerfragestunde, und ich habe Fragen vernommen, impliziert eigentlich, dass auch Antworten gegeben werden können. Herr Warnick und Herr Bültermann sind direkt angesprochen worden, Herr Grubert ist direkt gefragt worden, ob der Gemeinde belastbare Zahlen zu den Zielen der Pendlerinnen und Pendler vorliegen. Der Respekt vor den hier anwesenden Bürgerinnen und Bürgern gebietet es, dass zumindest wenn die Herren bereit sind darauf zu antworten, diese Antworten auch gegeben werden.

Herr Warnick, Vorsitzender der Fraktion Die LINKE./PIRATEN

Ich finde es eindeutig falsch, was Sie sagen. Wir haben eine Tagesordnung, wir haben hier eine Drucksache die auf der Tagesordnung steht, die sich damit eindeutig beschäftigt. Ich werde mich zu diesem Tagesordnungspunkt ausführlich zu Wort melden und nicht vorher. Wir werden die Argumente nicht doppelt austauschen, das wäre im Sinne der Zeiteffektivität einfach nicht sinnvoll. Die Bürgerinnen und Bürger werden hören, was Herr Bültermann zu sagen hat und was ich und andere zu diesem Thema zu sagen haben. Auch Frau Sahlmann hat bestimmt noch nicht alles

dazu gesagt. Wir werden uns dazu äußern, ganz klar, aber nicht jetzt.

Frau Dr. Bastians-Osthaus
Das kann man ja sagen.

Herr Templin, Vorsitzender der Fraktion BIK

Bei der Einwohnerfragestunde ist es so, dass die Fragen der Einwohner protokolliert werden und auch die Antworten. Das heißt, dass es für die Fragen, die gestellt werden, eine gute Möglichkeit ist, die entsprechende Reaktion zu bekommen. Was Herr Warnick gesagt hat, stimmt natürlich zuweilen, wenn es darum ginge, dass man Statements abgibt und dann sagt „Und was denken sie darüber?“. Wenn aber konkrete Fragen gestellt werden, finde ich es schon gut, dass die dann in dieser Form in der Antwort protokolliert werden. Deswegen würde ich vorschlagen, damit wir das jetzt nicht irgendwie nachholen müssen, dass das, was zu diesem Tagesordnungspunkt gesagt wird, möglicherweise auch als Antwort auf Fragen, die hier gestellt worden sind, insgesamt protokollieren. Damit hätten wir diesem Fragerecht der Bürger, was auch das Recht auf Antwort beinhaltet, genüge getan.

Herr Tauscher, Vorsitzender der Gemeindevertretung

Sie meinen damit, dass dann nicht nur im Protokoll aufgelistet wird, wer sich an der Aussprache beteiligt. Wir haben ja die Gepflogenheit, dass derjenige, der spricht sagt „zu Protokoll“. Dann wird es auch wörtlich aufgeschrieben. Zu diesem entsprechenden Punkt können wir Sie ja ermuntern, dass der Redebeitrag zu Protokoll gegeben wird. Es kann ja auch sein, dass einige das nicht wollen. Also bitte äußern Sie sich dann. In manchen anderen Einwohnerfragestunden hatten wir durchaus öfter schon Antworten in der Situation, aber heute ist die Thematik insgesamt sehr komplex, die dann auch noch Auskünfte erfordert in dem entsprechenden Tagesordnungspunkt.

TOP 5.2	Informationen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung
----------------	--

Der Tagesordnungspunkt wird nicht in Anspruch genommen.

TOP 5.3	Bericht der Beauftragten für Chancengleichheit für das Jahr 2017
----------------	---

Der Bericht der Beauftragten für Chancengleichheit für das Jahr 2017 liegt in schriftlicher Form vor. Frau Höne gibt für die Anwesenden einen mündlichen Bericht in Form einer Power-Point-Präsentation.

Nachfragen zum Bericht:

Frau Dr. Bastians-Osthaus

Sie haben gesagt, aus einer 100%-Stelle zwei 75%-Stellen zu machen, dass wäre zwar teurer aber attraktiver. Grundsätzlich ist es so, dass sich die Arbeitszeit nach der anfallenden Arbeit richtet, es gibt ja entsprechende Bewertungsmodelle. Soweit wir wissen, sind ja immer mehrere Stellen frei in Kleinmachnow. Sprich, jeder der von 100% reduzieren möchte, nicht auf 50%, sondern auf 75%, hat ja nach dem Teilzeit-

befristungsgesetz darauf einen Anspruch, der im öffentlichen Dienst nahezu auch nicht abgelehnt werden kann, denn welche betrieblichen Belange sollten da entgegenstehen. Da sind ja immer Verschiebungen möglich. Insofern verstehe ich das Problem an der Stelle nicht.

Frau Höne

Nur nach Bedarf z. B. wenn jemand in der Familienzeit oder Familienphase ist und aus diesem Grund eine Teilzeitstelle annimmt und nur noch 50% Zeit bekommt, weil die Stelle so geteilt wurde.

Herr Tauscher, Vorsitzender der Gemeindevertretung

Hab ich das so verstanden, dass Sie das allgemein als menschliches Problem gemeint haben und nicht nur für die Beschäftigten des Hauses.

Frau Höne

Ja, insgesamt, man sollte prüfen, ob neue Arbeitszeitmodelle besser für die Menschen sind.

Herr Hurnik

Sie hatten das Logo „Audit Beruf und Familie“ aufgeführt in Ihrer Präsentation. Inwiefern sind Sie mit dem Rathaus im Gespräch bezüglich der Umsetzung? Soll es umgesetzt werden?

Frau Höne

Ich versuche schon seit Jahren, dass man das mal in Angriff nimmt. Ich werde es wieder versuchen im nächsten Jahr.

Frau Brammer

Frau Höne, Sie sprachen davon, dass zwar weniger Flüchtlinge da sind, aber die Probleme eigentlich größer geworden sind. Können Sie uns einige Punkte nennen, was schwieriger geworden ist?

Frau Höne

Viele von den Flüchtlingen haben einen dauernden Aufenthaltstitel und sind eigentlich verpflichtet, die Übergangswohnheime zu verlassen, aber es gibt keine Wohnungen. Dann gibt es die Diskussion, dass sie ins Umland umgesiedelt werden sollen, aber viele von den Familien sind schon seit knapp vier Jahren hier. Die Kinder gehen hier zur Schule und sind integriert. Wenn sie wieder umziehen müssen, werden sie wieder aus ihrem Umfeld herausgerissen. Es gibt auch große Probleme mit Arbeitslaubnissen, die nicht erteilt werden, obwohl ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer da sind und gern zusammenkommen möchten. Das sind so die größten Probleme.

Frau Scheib

Sie sprachen von einem Förderprogramm. Kann man das dem Protokoll als Anlage beifügen?

Frau Höne

Ja.

TOP 5.4 Geschäftsbericht der P & E für das Jahr 2017

Der Bericht des Geschäftsführers der P & E für das Jahr 2017 liegt in schriftlicher Form vor. Der Geschäftsführer, Herr Rahn, gibt für die Anwesenden einen mündlichen Bericht in Form einer Power-Point-Präsentation.

Nachfragen zum Bericht:

Frau Dettke

Die beiden Rottöne sind ja nicht so ganz geschickt gewählt, weil die Ausgaben gehen nach oben und die Kreditaufnahme geht nach unten. Sehe ich das richtig so?

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Wir haben das so dargestellt, die Kredite sind im unteren Bereich und die Einnahmen im oberen.

Frau Dettke

Dann verstehe ich nicht, warum eine Kreditaufnahme höher wird, wenn die Ausgaben sinken. Man nimmt ja eigentlich einen Kredit auf, um Sachen damit zu kaufen, also Ausgaben zu haben. Die roten Balken nach oben sind danach alle ganz klein.

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Wenn wir Einnahmen haben, die wir im Moment nicht brauchen, sind die Kreditverträge so gestaltet, dass wir Rückzahlungen leisten und dürfen dann wieder daraus schöpfen. Deshalb haben wir dort eine Schwankung drin. Wir nehmen Gelder ein, brauchen sie im Moment nicht, zahlen Kredite zurück und dadurch wird es wieder ausgeglichen.

Herr Tauscher, Vorsitzender der Gemeindevertretung

Den Geschäftsbericht haben wir in den Unterlagen, aber die Präsentation, die eben gezeigt haben, haben wir noch nicht. Ich bitte darum, die Präsentation dem Protokoll als Anlage beizulegen.

Herr Templin

Vielen Dank für den Bericht. Ich finde es auch gut, dass Sie etwas „an die Wand geworfen haben“. Es ist ja sonst immer ein bisschen kompliziert nachzuvollziehen, wo welches Gebiet liegt.

Gleich zu dieser Folie, nach meiner Erinnerung haben Sie in Ihrer Finanzplanung den Erwerb der Flächen von der Hausmann AG in Höhe von 1,6 Mio. Euro drin. In den Ausgaben habe ich das nicht gefunden.

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Da haben wir die Einnahmen schon etwas gestaltet, um an die 7 Mio. heranzukommen. Zum Zeitpunkt des Berichtes gab es noch keine 100%ige Sicherheit, mit der Genehmigung der Fläche C3. Wenn Sie jetzt mal zusammenrechnen, sind es für

2018 2 Mio. und dann gehen wir vorsichtshalber in den Januar 2019 mit 3 Mio. Also liegt das genau dazwischen.

Herr Templin

Es geht mir in dem Fall nicht um die Einnahmen, sondern um die Ausgaben des von Ihnen vorgesehenen Grundstückserwerbs im ehemaligen Fath-Gelände, die ich unter den Ausgaben nicht finde.

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Die haben wir hier nicht dargestellt, aber sie entsprechen denen die Sie im Bericht finden.

Herr Templin

Das nehme ich mal so hin. Ich könnte mir vorstellen, dass das beim Kreditrahmen noch eine Rolle spielen könnte.

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Das geht ja nicht nur über das Jahr 2017, sondern in 2017 sind es die Ausgaben gewesen, die wir gehabt haben, die 1,6 Mio.

Herr Templin

2017 haben Sie das Grundstück erworben?

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Ja.

Herr Templin

Dann ist klar, warum es in 2018 nicht auftaucht. Der zweite Punkt, im Geschäftsbericht steht, Sie haben jetzt zwei Mitarbeiter. Hat sich das so ergeben?

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Ja, das können wir ganz offen sagen. Herr Schubert hat bei der gewog gearbeitet und mit Wirkung der Aktivität eines eigenen Büros ist er seit zwei Jahren bei P & E als Teilzeitbeschäftigter angestellt.

Herr Templin

Sie haben uns das Pflegeheim gezeigt, was errichtet werden soll. Sie haben gesagt, Sie hätten eine Ausschreibung gemacht. Das wundert mich vom Prozedere her, weil bei einem Bebauungsplanänderungsverfahren, wo es um die Stöckigkeit ging, da wurde das als ein Gerücht genannt.

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Sehen Sie es bitte nicht im Planungsrecht. Wir haben die Flächen bei Immobilienscout 24 angeboten und da haben sich Leute gemeldet. Wir haben gesagt, nur

derjenige, der bereit ist, ein Konzept vorzulegen, was im Aufsichtsrat und in der Verwaltung diskutiert werden kann, hat die Chance, den Zuschlag für die Fläche zu bekommen. Und für nichts anderes.

Herr Templin

Wie haben Sie es denn angeboten? Haben Sie eine Fläche angeboten, die in Frage käme oder nur dafür angeboten, dass da eine Alten- und Pflegeeinrichtung errichtet wird?

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Das ist ein vermessenes Flurstück. Wir haben 4.300 m² angeboten, haben die Eckdaten des rechtskräftigen Bebauungsplanes, und die Hinweise die Sie beschlossen haben, dass nicht mehr viergeschossig, sondern nur dreigeschossig gebaut werden soll, mitgeteilt. Das haben wir alles mit beraten und daraufhin wurden die Konzepte gemacht. Zwei haben dann ein zu diskutierendes Konzept abgegeben.

Herr Templin

Genauso gut hätte man sich auch für ein Bürogebäude oder sonstiges bewerben können?

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Es war auch ein Bürogebäude dabei, aber der Schwerpunkt waren Pflegeeinrichtungen.

Herr Templin

Sie haben also unterschiedliche Nutzungskonzepte von den Interessenten bekommen und haben aus den Nutzungskonzepten heraus, dieses ausgewählt.

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Es war nur eins dabei, was eine andere Nutzung hatte.

Herr Templin

Was war der entscheidende Grund, weswegen Sie den Interessenten den Zuschlag erteilt haben? Wegen der Art des Konzeptes? Wegen der Preisvorstellung oder wieso?

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Ich sage es mal so, wie ich es aus dem Aufsichtsrat heraus, empfunden habe. Es ging darum, Pflegestufen über die Breite anzubieten, Räumlichkeiten, die im Sinne von Gemeinschaftsaufenthaltsräumen sind, Tagespflege und dergleichen mehr hat eine Rolle gespielt. Gestalterisch hat es eine Rolle gespielt und dafür hat sich dann der Aufsichtsrat entschieden.

Herr Templin

Meine letzte Frage geht an den Aufsichtsratsvorsitzenden der P & E. In welcher Art und Weise sind wir als Gemeinde über die Vorstellungen des Aufsichtsrates zur nutzungsbezogenen Vergabe von Grundstücken informiert oder beteiligt worden?

Herr Warnick, Vorsitzender des Aufsichtsrates der P & E

Wir haben einen Aufsichtsrat, in dem bis auf die Fraktion BIK, alle Fraktionen vertreten sind. Diese Entscheidung wurde einstimmig getroffen und heute ist die Gelegenheit, darüber zu informieren. Der Bürgermeister informiert auch immer im Hauptausschuss unter dem TOP Entwicklungsgebiete über die aktuellen Entwicklungen. Sie als einzige nicht im Aufsichtsrat vertretene Fraktion können aber jederzeit an die Mitglieder des Aufsichtsrates oder mich herantreten und nachfragen. Sie wissen, dass wir nicht alles, was im Aufsichtsrat besprochen wird, in der Öffentlichkeit wiedergeben dürfen. Aber wir sind natürlich gerne bereit über die Angelegenheiten zu berichten, über die wir informieren dürfen.

Herr Templin

Sie haben auch darüber berichtet, dass diese Form der Ausschreibung vollzogen worden ist?

Herr Tauscher, Vorsitzender der Gemeindevertretung

Das sind Einzelheiten des Geschäftsablaufs, die wirklich nur im Zusammenhang des Aufsichtsrates abgewickelt werden müssen.

Herr Templin

Herr Tauscher, da muss ich Ihnen widersprechen. Die P & E ist Geschäftsbesorger, deshalb habe ich die Frage auch an Herrn Warnick und nicht an Sie gerichtet. Das wir bei solchen Entscheidungen, ob wir z. B. im Gewerbegebiet ein Pflegeheim oder irgendetwas anderes ansiedeln, das ist ja eine entscheidende Frage und betrifft die ganze Gemeinde. Dass wir jetzt, wo das Ganze vollzogen ist, informiert werden, würde ich befremdlich finden, wenn ich denn nicht etwas überhört hätte, wo das schon mal zur Sprache gekommen ist.

Frau Storch

Mein erster Punkt wäre auch das Pflegeheim gewesen. Wir sind nicht im Aufsichtsrat der P & E vertreten. Im Bereich der Bebauungsplanaufstellung ging das Gerücht um, dass dort eventuell ein Pflegeheim hinkommen könnte und deshalb die Geschosigkeit. Es wurde gesagt, der Blick auf den Stolper Berg wäre dann städtebaulich hübscher. Ich fühle mich jetzt etwas an der Nase herumgeführt. Sie haben die Rahmenbedingungen gesagt, der schöne Stolper Berg und der Stahnsdorfer Damm sind dort, aber die Autobahn haben Sie gar nicht erwähnt. Dicht an der Autobahn haben wir jetzt nicht nur einen Sportplatz, sondern auch ein Pflegeheim. Ich finde das empörend und bin wirklich schockiert, dass wir das heute hier erfahren und nicht einmal in der vorbereitenden Anlage, sondern hier jetzt erst vorgestellt wird. Der zweite Punkt ist die größte Ausgabe, die Sie auf Ihrer Ausgabentabelle mit den Kreditbalken haben und zwar 1,5 Mio. für Geländeregulierung. Was ist denn das?

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Das heißt, Teile der Fläche im reinen Gewerbegebiet sind noch nicht entrümpelt, sind noch nicht flächenmäßig bereinigt und sind noch zu roden.

Frau Storch

Zu Roden? Ist dass das Sportplatzgelände?

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Das Sportplatzgelände gehört auch dazu. Wir haben unterschiedliche Niveauhöhen, die für die Nutzung der einzelnen Flächen anpassen müssen. Hauptpunkt ist die Tiefenentrümpelung, die wir bei Vertragsübernahme übernehmen mussten und wo auch das Land bereits für bezahlt hat.

Frau Scheib

Vielleicht einfach mal zur Klarstellung. Wir haben einen B-Plan beschlossen, in dem unter anderem auch ein Pflegeheim zulässig wäre. Wir haben das Verfahren gemacht und das war auch ein Entwurf, der mich überzeugt hatte. Der Haken daran ist, der Verkauf bedingt ja nicht, diesen Entwurf so umzusetzen. Wir haben uns schöne Bilder zeigen lassen und hoffen, dass der Entwurf so umgesetzt wird. Wir beschließen den Verkauf des Grundstückes und was der Eigentümer dann macht, solange es im Rahmen des B-Planes und der gesetzlichen Vorschriften liegt, darauf haben wir keinen Einfluss mehr.

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Ich möchte noch kurz etwas ergänzen. Wir haben Möglichkeiten geschaffen, dass wir im Kaufvertrag Dinge festlegen können, die sie verwirklichen.

Frau Storch

Was Frau Scheib gesagt hat, stimmt nicht. Man kann vertraglich ganz viel regeln, zwar nicht auf B-Planebene aber auf Kaufvertragsebene.

Bürgermeister Herr Grubert

Frau Scheib hat gemeint, dass wir uns im Aufsichtsrat verständigt haben und es Konsens war, so viel wie möglich aus dem Siegerentwurf im Kaufvertrag umzusetzen. Man kann nicht alles festschreiben, aber man kann die Eckpunkte festschreiben und die werden dann auch umgesetzt. Wir sind guten Mutes gewesen, die Vorstellung des Siegers war sehr überzeugend. Es war ein einstimmiger Beschluss im Aufsichtsrat.

Herr Warnick

Keiner bedauert es mehr als ich, dass die BIK nicht Mitglied des Aufsichtsrates der P & E ist, weil ich immer wieder höre, dass im Finanzausschuss Fragen gestellt werden, die sich ganz einfach klären würden, wenn sie Mitglied wären. Noch einmal diesem Sachverhalt. Wir hatten sechs Bewerber. Von den sechs Bewerbern haben sich zwei herauskristallisiert. Diese beiden Bewerber wurden eingeladen und uns wurde der Entwurf ausgiebig vorgestellt. Alle anwesenden Fraktionen haben einstimmig dafür votiert, es gab keinen Dissens. Wäre es knapp gewesen, hätte man gesagt, man geht damit noch mal in die Gemeindevertretung. Selbst wenn die BIK dabei gewesen wäre und dagegen gestimmt hätte, wären alle anderen dafür. Aber es war einstimmig und so sahen wir keinen weiteren Handlungsbedarf. Schauen Sie sich die Entwicklung an, Sie sehen selber die Zahlen. Deshalb dränge ich auch darauf, dass wir fast monatlich Aufsichtsratssitzungen machen, denn wir müssen die Grundstücke jetzt vermarkten, um diese Lücke zu schließen. Im Sinne der Aufgabenstellung des Aufsichtsrates war es rechtmäßig, dass wir diese Entscheidung getroffen haben. Man hätte es bei Problemen hier nochmal einbringen können, aber das war nicht der Fall.

Herr Schubert

Ich wollte auch nochmal die Empörung ein bisschen beruhigen. Das klingt natürlich so, als würde auf einmal Bauplanungsrecht von der P & E gemacht werden. Das ist aber nicht so. Wie Frau Scheib schon zu Recht hervorgehoben hat, haben wir im Bauausschuss einen B-Plan besprochen, der ist hier auch beschlossen worden und der hat immer einen bestimmten Nutzungsmix. Das ist nach der Baunutzungsverordnung so vorgeschrieben. In der Regel bietet die Baunutzungsverordnung gewisse Modelle an wie Gewerbegebiete, urbane Gebiete. Da muss sich die Gemeinde für eines entscheiden. Sie kann in der Regel kein eigenes Gebiet machen. Wir haben uns für eines entschieden und wenn wir uns dann für eines entschieden haben, sind auf jedem einzelnen Grundstück im Prinzip alle Nutzungen zulässig, es sei denn, man hat eine Binnendifferenzierung, die aber auch nur zulässig ist, wenn man bestimmte städtebauliche Gründe hat. Das ist die öffentlich-rechtliche Seite. Weil wir in einer Marktwirtschaft und einer freiheitlichen Grundordnung leben und es auch kein Volkseigentum am Boden mehr gibt, haben wir Privateigentum an Grundstücken. Dieses Privateigentum ist jetzt ausnahmsweise Privateigentum der P & E und damit in der Hand der Gemeinde. Aber letztlich ersetzen wir nur den privaten Eigentümer. Über die P & E haben wir wiederum, und da kommt der Aufsichtsrat ins Spiel, die Möglichkeit hier noch mal zu steuern. Es wäre jetzt fehlerhaft, aus dieser Nichtbehandlung der Ansiedlung, außer im weiteren Bebauungsplan, wo wir jetzt im Hinblick mit Rücksicht auf dieses Projekt wiederum den B-Plan abgeändert haben, wäre es jetzt fehlerhaft zu sagen, dass man das alles im Bauausschuss hätte besprechen müssen. Nein, es ist eine Angelegenheit, die in den Aufsichtsrat der P & E gehört und da sind wir Gemeindevertreter vertreten. Deshalb ist das schon ganz richtig gelaufen.

Herr Gutheins

Frau Storch, Gewerbegebiet und Gewerbegebiet hört sich erstmal sprachlich gleich an, ist noch lange nicht das Gleiche. In Ihrem Sinne Gewerbegebiet meinen Sie das TIW-Gebiet, das ist soweit richtig. Aber hier geht es um die bauplanungsrechtliche Betrachtung vom Gewerbegebiet und dieses Objekt steht nicht im Gewerbegebiet. Es steht im Mischgebiet und das Mischgebiet hat eben nun mal auch die Funktion zwischen Wohngebieten und Gewerbe- oder Industriegebieten einen Übergang zu schaffen. Das haben wir mit dem B-Plan beschlossen und insofern spricht nichts dagegen. Preislich lagen sie dicht beieinander, aber andere Dinge waren dann ausschlaggebend gewesen.

Frau Sahlmann

Am Stolper Weg gibt es ja einen Gehweg und einen markierten Streifen auf der Fahrbahn für Radfahrer. Dieser Gehweg landet leider im Bereich des Stolper Berges immer noch im Nichts. Darüber ärgere ich mich schon seit Jahren und stelle diese Frage auch immer wieder im Bau- oder UVO-Ausschuss an Herrn Dr. Prüger. Ich bekomme dann immer als Antwort, dass wir da nicht so richtig zuständig sind und die P & E das schon macht. Wann geht es weiter? Wann wird diese Verbindung von Kleinmachnow in den Ortsteil Dreilinden vollständig hergestellt? Ansonsten ist der Gehweg, der im Nichts endet, eine Fehlinvestition gewesen.

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Dazu stehen wir seit längerer Zeit mit dem Bauamt in Verbindung. Wir müssen aber die Entscheidung abwarten, wann es realisiert werden soll. Es gibt noch ein paar Punkte, die mit dem Wegeleitsystem zusammenhängen, was da entstehen soll. Aber grundsätzlich erwarten wir die Entscheidung des Bauamtes. Dazu gibt es meines Wissens auch keine Beschlüsse. Wir haben es aber auf der Palette und haben es jahreszeitlich immer so gestaltet in Abstimmung mit dem Bauamt. Wenn es dann

weitergehen soll, sie wissen, der andere Teil ist realisiert, die Flächen sind freigehalten. Also, es ist eine Entscheidung, die wir auf treuhänderischer Basis nicht alleine treffen wollen.

Frau Dr. Kimpfel

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass nicht nur die BIK nicht im Aufsichtsrat der P & E vertreten ist, sondern auch Frau Brammer und ich. Ich finde es genauso erstaunlich, dass es Herr Warnick als Vorsitzender des Aufsichtsrates nicht als notwendig erachtet hat, in der Gemeindevertretung mal darüber zu berichten, so dass auch die Nichtmitglieder informiert sind. In der gewog war es ein Akt der Höflichkeit den anderen gegenüber. Wenn wir in der gewog etwas beschlossen haben, was wichtig und tragend für den Ort war, dass wir dann darüber berichtet haben. Dazu wurde dann in der GV ein Tagesordnungspunkt beantragt. Ich halte es auch für einen Stil. Was wir für einen Umgang mit unseren Senioren haben, finde ich schon irre. Also Autobahn, Gewerbegebiet, da gehören sie hin, die sind sowieso schwerhörig. Das ist egal, die können da ruhig wohnen. Luftqualität, auch egal. Also, ich würde, wenn ich von meinen Kindern dorthin abgeschoben werden würde, würde ich schlucken. Das wäre das mindeste, was ich tun würde.

Ich komme noch mal auf die Ausgleichsmaßnahmen des Bodens zurück. Am MIOS-Markt hatten wir Altlasten. Damals war es sehr teuer, diese Altlasten zu entfernen. Sind mal Probebohrungen gemacht worden, um zu sehen, ob es auf dem Gebiet Altlasten gibt?

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Es sind Probeerkundungen gemacht worden, die zumindest genau nachweisen, wo Fundamente oder Betonplattenflächen sind. In der Tiefe sind Bohrungen angelegt worden, die mit Sicherheit bei der Bauausführung oder bei der Realisierung noch verdichtet werden müssen. Denn Sie wissen, dass Sie, wenn Sie ein Bohrungsraster von zehn Meter mal zehn Meter haben, immer noch eine Altlast finden können. Die wird dann untersetzt. Deshalb haben wir das auch schon mit berücksichtigt, auch die Planung dazu.

Frau Dr. Kimpfel

Nicht dass uns dasselbe passiert wie der Marina in Teltow, dass wir dann plötzlich über 1 Mio. an Altlasten sanieren müssen.

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Das wurde alles untersucht, es gibt Planungsunterlagen dazu und es gibt auch schon die Ausschreibung.

Frau Dr. Kimpfel

Wie tief waren die Probebohrungen auf Altlasten?

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Teilweise bis zu fünf Meter und in manchen Bereichen drei Meter.

Herr Templin

Vielen Dank Herr Warnick für die guten Wünsche, dass wir denn auch daran beteiligt

sind. Es ist auch nicht das gewesen, was ich sagen wollte, unrechtmäßig fürchterlich usw. Deshalb sind diese Verweise auf Planungsrecht, Planungshoheit die im B-Plan stehen, berechtigt. Es geht mir darum, eine Pflegeeinrichtung für 93 Senioren, die stellt auch Anforderungen an die Gemeinde zum Beispiel an die Infrastruktur. Das ist nicht einfach nur so ein Vorhaben. Deswegen finde ich das, unabhängig davon, was ich im Aufsichtsrat dafür oder dagegen gesagt hätte, finde ich es an sich wichtig, dass, wenn diese Überlegung angestellt wird, wohlgemerkt vom Geschäftsbesorger der Gemeinde, dass wir frühzeitig darüber informiert werden, um es nachvollziehen zu können. Ich will es gar nicht kritisieren, wie gesagt, ich höre es jetzt das erste Mal. Ich finde bei solchen Dingen, die infrastrukturell so wichtig sind, da sollte man tatsächlich die gesamte Gemeindevertretung frühzeitig einbeziehen. Dass ist das, was ich damit anregen wollte.

Herr Singer

Herr Rahn, der Bürgermeister hatte im Herbst gesagt, dass wir im Februar auf dem Stolper Berg rodeln werden. Daraus wurde nichts. Ich habe mehrmals nachgefragt. Am 26. April habe ich auch den Landrat gefragt, woran denn so intensiv gearbeitet wird, dass es nicht weitergeht. Was sind noch für tiefgreifende wissenschaftliche Arbeiten nötig, um endlich den Stolper Berg freizugeben? Ich verstehe es langsam nicht mehr.

Herr Rahn, Geschäftsführer der P & E

Wir hatten die Befreiung von der Nachsorge. In dieser Befreiung von der Nachsorge stand drin, dass ein Nachnutzungskonzept zu erstellen ist. Das haben wir erstellt, hatten aber damals zu dem Zeitpunkt, als wir das gesagt haben gedacht, Schluss mit der Beendigung der Kontrolle. Ist aber nicht so. Jetzt haben wir die Dokumente bei der Gemeinde abgegeben. Sind fertiggestellt und beim Kreis und der Kreis sieht es so, dass er dazu einen Bescheid erlässt und dieser Bescheid ist noch nicht erlassen. Wir gehen davon aus, dass er im II. oder III. Quartal zu haben ist. Wir stehen ständig im Telefonkontakt mit dem verantwortlichen Leiter. Da können wir auch nichts machen. Wir durften ja alle Maßnahmen, die Tore usw. die durften wir schon fachlich dann realisieren. Sonst hätten wir das vielleicht auch nicht gedurft, wenn da nicht Zeitnot wäre.

TOP 5.5

Bericht des Geschäftsführers der Freibad Kiebitzberge GmbH für das Jahr 2017

Der Bericht des Geschäftsführers der Freibad Kiebitzberge GmbH für das Jahr 2017 liegt in schriftlicher Form vor. Der Geschäftsführer, Herr Schmidt, gibt für die Anwesenden einen mündlichen Bericht in Form einer Power-Point-Präsentation.

Nachfragen zum Bericht:

Herr Templin

Danke für den Bericht. Letztes Mal hatte ich mir ja gewünscht, dass die Sauna im Bericht extra ausgewiesen wird. Es ist wieder zusammengefasst worden, also die Erträge und die Aufwendungen und auch den Personalbedarf. Das ist ganz gut, wenn man den Gesamtbetrieb beobachten will. Ich habe noch eine Frage, die gehört eigentlich nachher in die Diskussion des Jahresabschlusses. aber jetzt können Sie mir antworten. Die Nachschusspflicht der drei Gesellschafter ist ja 2018 auf eine

Höhe von 400.000 Euro begrenzt. Im letzten Jahr lag sie, glaube ich, bei 376.000 Euro, was gar nicht so weit weg ist von diesem Grenzwert. Sie schreiben in Ihrem Geschäftsbericht, durch die Sanierung, insbesondere auch die technische Sanierung, die Becken sind saniert, würden sich die sonstigen Kosten gravierend verändern. Da wüsste ich gerne mal in welcher Größe und ob Sie glauben, auch mittelfristig mit dieser Deckelung von 400.000 Euro auszukommen. Eine weitere Frage bezieht sich darauf, dass durch die Sanierung ja die Abschreibungen gewachsen sind. Der Verlustausgleich der Gesellschafter ist bezogen auf die Differenz von Einnahmen und Ausgaben, wenn ich das richtig sehe. Wenn nicht, dann korrigieren Sie mich bzw. belehren Sie mich, weil ich das dann offensichtlich nicht richtig verstanden habe, weil in Ihrer Bilanz ist ein negativer Jahresabschluss zu verzeichnen. Die Frage wäre dann, die überflüssig ist, weil Sie mich belehren, ob Sie in Ihrem Geschäftsgebaren auch Rückstellungen für die dann immer wieder periodisch erfolgende Sanierung der jetzt neuen, aber in zehn Jahren, zehn Jahre alten Anlage bilden.

Herr Schmidt, Geschäftsführer Freibad Kiebitzberge GmbH

Kurz vorweg, Herr Templin, ich will Sie natürlich nicht belehren. Sie fragen natürlich relativ viel und ich kann mir auf die Schnelle auch nicht alle Fragen merken. Also helfen Sie mir, wenn ich etwas vergessen haben sollte. Die 400.000 Euro sind ein Bruttobetrag. Wenn Sie die 376.000 Euro sehen würden, dann würde man das ausrechnen können. Dadurch, dass wir eine Spartenbildung haben und 19% versteuert müssen, würden wir genau auf diese 400.000 Euro kommen. Die haben wir genau ausgenutzt, was auch Sinn macht, um den Verlust so gering wie möglich zu halten, den wir im nächsten Jahr wieder vorschreiben. Die 400.000 Euro sind nicht erst seit 2018 festgesetzt worden, der Verlust wird seit 2013 mit maximal 400.000 Euro ausgeglichen.

Herr Templin

Im Bericht steht drin, dass es seit 2018 die 400.000 Euro sind, vorher im Jahr 2017 hat die Gemeinde Kleinmachnow allein 694.000 Euro bezahlt.

Herr Schmidt, Geschäftsführer Freibad Kiebitzberge GmbH

Das würde ich gerne noch mal nachlesen. Generell ist es so, sie haben den Invest und den Verlustausgleich. Der Invest endet und der Verlustausgleich bleibt.

Herr Templin

Wie ist das mit den Abschreibungen?

Herr Schmidt, Geschäftsführer Freibad Kiebitzberge GmbH

Die Abschreibungen erhöhen sich natürlich wenn ich neu baue. Wir werden eine Rücklage bilden und uns im Aufsichtsrat darüber unterhalten müssen, ob wir uns an eine Preisgestaltung annähern, die den Berliner Bäderbetrieben nachkommt.

Herr Templin

Damals als die Sanierungsplanung sozusagen im Schwange stand, da hieß es, und war auch bei Gründung der GmbH ein Thema, dass durch die erfolgte Sanierung, insbesondere der ganzen Technik, es möglicherweise zu Personaleinsparungen käme. Ich will jetzt keine Kündigungen vorschlagen. Die Frage ist nur, ob in Ihrem Technikbereich Ruhestand anstünde.

Herr Schmidt, Geschäftsführer Freibad Kiebitzberge GmbH

Als Geschäftsführer möchte ich natürlich versuchen, dass wir die hohen Kosten minimieren. Ganz sicher werden wir keine vier Techniker-Stellen mehr brauchen. In diesem Jahr werden zwei Mitarbeiter in Altersrente gehen. Die Stellen werde ich dann nicht mehr neu besetzen, außer die für den Schwimmmeister, die wird auf jeden Fall neu ausgeschrieben, da die Sicherheit auf dem Gelände gewährleistet sein muss. Durch die neue Technik, die wir drin haben, Schaltschränke, Messtechnik, automatisierte Technik die oben komplett im Schwimmmeisterhaus aufläuft, dass wir sofort schalten und walten können, was früher nicht so war. Es ist so, dass 70 Klappen zu betätigen sind, damals von Menschenhand, heute über die Steuertechnik geregelt. Ich möchte dadurch natürlich Personalkosten einsparen und ich möchte auch, ganz wichtig für die Betriebskosten, dadurch, dass wir die Pumpen mit Frequenzumrichtern ausgestattet haben, Energiekosten einsparen. Wie hoch die jetzt sind, kann ich Ihnen leider noch nicht sagen, da wir ja noch in der Startphase sind. Das können wir gerne in einem oder zwei Jahren sehen. Wir dokumentieren es und verfolgen es weiter.

Herr Templin

Und beim nächsten Bericht die Sauna extra ausweisen.

Herr Schmidt, Geschäftsführer Freibad Kiebitzberge GmbH

Die Sauna werde ich extra ausweisen, versprochen.

Herr Singer

Da wir heute so viele Besucher haben, wollte ich Herrn Schmidt nur bitten, dass er mal die Gesamtsumme nennt, die investiert wurde. Es steht zwar im Geschäftsbericht, aber für das Publikum ist es bestimmt interessant.

Herr Schmidt, Geschäftsführer Freibad Kiebitzberge GmbH

Für den zweiten Bauabschnitt beträgt die Gesamtsumme ca. 4,5 Mio. Euro. Im ersten Bauabschnitt lag die Gesamtsumme bei 1,7 Mio. Euro.

Frau Storch

Ich habe, wie in jedes Jahr, eine Frage zur Wassertemperatur. Ich empfinde das Wasser immer als ein bisschen zu kalt. Dieses Modellprojekt „Solare Substitution“, Substitution heißt ja, es wird Energie statt aus der Steckdose aus der Sonne genommen, heißt das im Ergebnis, dass sich nichts verändert. Es bleibt bei den 18, 19 Grad oder welches ist die Zielwärme, die maximal erreicht werden könnte?

Herr Schmidt, Geschäftsführer Freibad Kiebitzberge GmbH

Vielen Dank, Frau Storch, für Ihre jährliche Frage. Generell bin ich sehr froh, dass das Wasser schon so warm ist. Das Wasser, das wir aus dem Brunnen holen, hat zwischen vier und acht Grad. Wir haben mittlerweile noch keine Energie eingebracht. Die Pumpe für das Modellprojekt wird leider erst in der 22. Kalenderwoche geliefert, da die Herborner Firma Lieferprobleme hat. An dieser Stelle möchte ich aber sagen, dass ein Freibad Wassertemperaturen von nicht mehr als 24 Grad hat. Bei der solaren Substitution ist es wirklich so, dass wir die Energie aus der Sonne und der Umwelt gewinnen. Für die zwei Projekte die wir in unserer solaren Substitution haben, das eine sind die Absorbermodule auf dem Haus D, die für die Beckenwassererwärmung

zuständig, d. h. die direkte Sonneneinstrahlung greift auf die Module zu und erwärmt das Wasser. Wir haben einen höheren Wirkungsgrad, weil wir nicht mehr die ganzen Schläuche haben, sondern Platten. Da kann viel mehr erwärmt und durchströmt werden. Gleichzeitig ist es so, dass die Platten ja noch relativ neu sind, was bei den Schläuchen nicht der Fall war. Der zweite Teil des Modellprojektes, das sind so genannte Hybridkollektoren, die an der Stirnseite des Haus D angebracht sind, d. h. wir nehmen die Wärme aus der Sonnenenergie und der Umweltenergie heraus. Deswegen haben wir auch das große Farbporträt, was an der Seite war, weggelöscht und grau oder anthrazitfarben gestrichen. Warum haben wir das gemacht? Es strahlt die Wärme ab und die wird durch so genannte Lüfterräder aufgenommen. Diese Wärme wird in den Niedrigtemperaturbereich eingespeist, d. h. wir speisen damit die Temperatur für die Fußbodenheizung der Sauna und für das Duschwasser. Reicht das nicht aus, schaltet sich dann die entsprechende Therme dazu. An der Stelle muss ich aber sagen, dass das ein Leuchtturmprojekt ist und dass wir nicht autark davon leben können.

Frau Dr. Kimpfel

Vielen Dank für den Vortrag, ich fand ihn sehr interessant und aufschlussreich. Ich habe nur eine Bitte. Ich habe gesehen, dass die Balkenfarben zwischen 2016 und 2017 gewechselt haben. Zur besseren Nachvollziehung wäre es schön, wenn es bei einer Farbe bleiben könnte.

Herr Schmidt, Geschäftsführer Freibad Kiebitzberge GmbH
Ich werde es berücksichtigen.

Frau Schwarzkopf

Vielen Dank für den Vortrag, Herr Schmidt. Ich bin ja im Aufsichtsrat und weiß über dieses Förderprojekt, was wir als Kommune bzw. das Büro Koch für uns vom PTJ eingefahren haben. Vielleicht können Sie nochmal deutlich machen, wieviel Fördergelder wir bekommen haben und wie sich das weiter ausgewirkt hat.

Herr Schmidt, Geschäftsführer Freibad Kiebitzberge GmbH

Wir sprechen hier von einer Summe von 250.000 Euro, die mit 80% vom Ministerium gefördert wurden, was ca. 179.000 Euro entspricht. Der Rest liegt beim Freibad Kiebitzberge. An der Stelle kann man nur sagen, hätten wir das nicht gemacht, hätten wir das Dach und die Solaranlage auf dem Dach nicht angefasst. Und wir könnten auch keine Energie in den Sauna- und Niedrigtemperaturbereich einspeisen. Wir selber haben diesen Aufruf nicht gesehen, das Büro Koch ist auf uns zugekommen und hat das Projekt vorgestellt. Ich war davon sofort begeistert. Im Jahr 2016 haben wir in der ersten Stufe das Projekt mit unserer Projektskizze vorgestellt, sind in die zweite Stufe gekommen und konnten unseren Förderantrag abgeben und haben einen positiven Bescheid bekommen, so dass wir eine 80%ige Förderung vom Bund bekommen.

TOP 6	Gesellschafterangelegenheiten
--------------	--------------------------------------

TOP 6.1	Freibad Kiebitzberge GmbH - Jahresabschluss 2017
----------------	---

DS-Nr. 046/18

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 für das Geschäftsjahr 2017 der Freibad Kiebitzberge GmbH wird festgestellt.

Anlage

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 046/18 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert
Herr Templin

Abstimmung zur DS-Nr. 046/18:

Die DS-Nr. 046/18 wird einstimmig beschlossen.

TOP 6.2

Freibad Kiebitzberge GmbH - Jahresabschluss 2017, Verwendung des Ergebnisses

DS-Nr. 047/18

Der sich aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 der Freibad Kiebitzberge GmbH, in der Fassung vom 16. Februar 2018, ergebende Jahresfehlbetrag in Höhe von 220.838,81 Euro, beinhaltet den Verlustausgleich in Höhe von 400.000,00 Euro. Der Verlustausgleich ist gemäß § 4 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages vom 10. April 2013 auszugleichen.

Die Gemeinde Kleinmachnow hält 49,8 %, die Stadt Teltow 30,2 % und die Gemeinde Stahnsdorf 20 % der Geschäftsanteile.

Der Anteil der Gemeinde Kleinmachnow beträgt vom Gesamtjahresfehlbetrag 199.200,00 Euro.

An der Aussprache zur DS-Nr. 047/18 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 047/18:

Die DS-Nr. 047/18 wird einstimmig beschlossen.

TOP 6.3

Freibad Kiebitzberge GmbH - Entlastung des Geschäftsführers für den Zeitraum 01.01.2017 bis 31.12.2017

DS-Nr. 048/18

Auf der Grundlage des vorgelegten Jahresabschlusses 2017 für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017 wird dem Geschäftsführer Herrn Markus Schmidt Entlastung erteilt.

An der Aussprache zur DS-Nr. 048/18 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 048/18:

Die DS-Nr. 048/18 wird einstimmig beschlossen.

TOP 6.4

**Freibad Kiebitzberge GmbH Bericht des Aufsichtsratsvorsitzenden
und Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2017**

DS-Nr. 049/18

Dem Bericht des Aufsichtsratsvorsitzenden für das Geschäftsjahr 2017 wird zugestimmt.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Freibad Kiebitzberge GmbH:

Herrn Michael Grubert, Frau Kathrin Heilmann, Herrn John Christall, Frau Andrea Schwarzkopf, Herrn Bernd Albers, Herrn Michael Grunwaldt, Frau Ines Schröder-Blohm, Herrn Thomas Schmidt, Herrn Ulrich Witzig, Herrn Michael Schmelz, Herrn Wolfgang Kreemke, Herrn Peter Weiß

wird für das Geschäftsjahr 2017 (1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017) Entlastung erteilt.

Anlage

- Auf Grund des § 22 BbgKVerf nehmen Frau Heilmann, Frau Schwarzkopf, Herr Christall, Herr Kreemke und Herr Bürgermeister Grubert nicht an der Aussprache und Abstimmung zur DS-Nr. 049/18 teil.

An der Aussprache zur DS-Nr. 049/18 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 049/18:

Die DS-Nr. 049/18 wird einstimmig beschlossen.

10 Minuten Pause 20:10 Uhr bis 20:20 Uhr

TOP 7

Satzungen und Beschlüsse nach BauGB/BauO, Bauangelegenheiten

TOP 7.1

Stammbahn reaktivieren. Mobilität verbessern. Klima schützen.

DS-Nr. 026/18/1

Die Gemeindevertretung

- bekräftigt ihren Beschluss zur Reaktivierung der Stammbahn Berlin-Kleinmachnow-Potsdam DS-Nr. 014/16/1 vom 07.04.2016,
- begrüßt, dass sich die Länder Berlin und Brandenburg sowie die Deutsche Bahn AG mit der Rahmenvereinbarung vom 4. Oktober 2017 erstmalig seit 1990 gemeinsam zum Wiederaufbau der Potsdamer Stammbahn positioniert haben,
- unterstützt die Bemühungen des Bürgermeisters, sich weiterhin aktiv für die zügige Aufnahme der Planungen und den für den Ort verträglichen Ausbau im Hinblick auf den Immissionsschutz, insbesondere den Lärmschutz und den Schutz vor elektromagnetischen Feldern einzusetzen,
- fordert, für das Gemeindegebiet die Haltepunkte Dreilinden (Europarc) und Düppel/Kleinmachnow sowie ausreichende Querungsmöglichkeiten im Trassenverlauf zwischen Kleinmachnow und Berlin vorzusehen.
- empfiehlt, dass bei den Planungen die Option einer späteren Umsteigemöglichkeit zur Friedhofsbahn offengehalten wird.

Anlagen

- DS-Nr. 014/16/1 vom 07.04.2016
- Kartenausschnitt
- Übersichtskarte Eisenbahntrassen in der Region TKS
- Entwicklungskonzept für die Infrastruktur des Schienenverkehrs in Berlin und Brandenburg – i2030, Auszug

Antrag auf Rederecht für Herrn Hartwig – Bürgerinitiative Stammbahn

Abstimmung zum Antrag auf Rederecht:

Der Antrag auf Rederecht wird einstimmig beschlossen.

Herr Hartwig

Vielen Dank Herr Vorsitzender und vielen Dank für das Rederecht.

Sehr geehrte Gemeindevertreterinnen, sehr geehrte Gemeindevertreter, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, vielen Dank für die Erteilung des Rederechts zur Beschlussvorlage „Stammbahn reaktivieren. Mobilität verbessern. Klima schützen“. Keiner von uns hier zweifelt bestimmt an den Verbesserungen hinsichtlich des Schienennahverkehrs und des Klimaschutzes, aber insbesondere soll die historische Stammbahn dazu beitragen. Allerdings ist das Wie und das Was dazu mehr als fragwürdig. Sie als Gemeindevertreter haben heute die Möglichkeit, eine Stammbahn als Schienenanbindung zu unterstützen, die entweder unsere direkte Region erneut teilt und ausgrenzt oder aber eine Variante favorisiert, die innovativ, jung und umweltfreundlich ist, und zusammenwachsen lässt, was zusammen gehört, nämlich Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf mit Steglitz und Zehlendorf. Die S-Bahn, die S-Bahn - das Schlachtschiff der Deutschen Bahn. Dreißig Jahre ist es jetzt fast her, dass die Mauer endlich fiel. Nun soll erneut eine Schutzwand entstehen, die mit Verlaub, sehr geehrte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, schon sehr zwiespältig ist. Da interessiert uns schon die Frage, wie die Nachfolgepartei der SED dazu steht.

Wir können uns kaum vorstellen, dass die hier anwesenden Gemeindemitglieder auch nur annähernd glauben, dass für schätzungsweise 500 Mio. Euro eine Stammbahn gebaut wird, wo am Ende zwei Zugpaare pro Stunde fahren. Glauben Sie das allen Ernstes? Es kann nur eine Fernbahntrasse entstehen, die im Deutschlandtakt eingebunden sein wird. Das sind Worte aus dem Munde von Herrn Kaczmarek auf

der Mobilitätskonferenz im März. Leider ist da das Protokoll abhandengekommen. Sicherlich wird auch Regionalverkehr darauf stattfinden, aber diese Fernbahntrasse wird unsere Region trennen und somit kann nicht zusammenwachsen, was zusammen gehört. Dies werden Sie, sehr geehrte Gemeindevertreter, zu verantworten haben. Aber, wie gesagt, es bestehen Möglichkeiten. Eine S-Bahn im 10-Minuten-Takt, eine neue Stammbahn auf bestehenden Gleisen, das ist die Alliiertenbahn, das lässt die unmittelbare Region um Potsdam und westlich von Potsdam auch besser, schneller und kostengünstiger anbinden. Herr Ernsting, gestatten Sie mir eine Bemerkung.

**Herr Tauscher, Vorsitzender der Gemeindevertretung
Herr Ernsting ist heute nicht da.**

Herr Hartwig

Trotz alledem. Zum Hauptausschuss am 7. Mai 2018 hat er behauptet, dass die meisten Kleinmachnower in die Mitte Berlins wollen. Mit Verlaub, da liegen uns andere Zahlen vor. Die können auch gerne eingesehen werden. Elementare Lücken weist diese Beschlussvorlage, die am 7. Mai im Hauptausschuss verabschiedet wurde, auf. Speziell für die Kleinmachnower, Herr Bürgermeister. Wie sieht der Zubringerverkehr aus? Wo entsteht ein Parc and Ride-Gelände? Was passiert mit dem Durchgangsverkehr? Nichts, aber auch gar nichts dazu ist zu finden in der Beschlussvorlage. Und damit wurde eine Mehrheit erzielt. Aber für die Kleinmachnower, die drum herum und hier hinten wohnen, ist nichts verankert worden. Dafür ist die Gemeinde verantwortlich und kein Eisenbahnbundesamt. Schlussendlich, so wär bei der Formulierung des Antrages auf die berechtigten Befürchtungen der Nichtunterstützer, bei einigen heißt es Anrainerproblemen, eingegangen wurde, bedenken Sie, es besteht kein Rechtsanspruch, sondern es sind Willensbekundungen die einer möglichen Abstimmungsmehrheit heute hier geschuldet sind. Die Dresdner Bahn lässt da grüßen. Wir denken aber auch, dass die Chance verpasst worden ist, sich für einen Fahrradweg entlang dieser Stammbahntrasse einzusetzen. Das ist sehr schade.

Sehr geehrte Gemeindevertreter, mit Ihrem Votum heute geben Sie die Richtung vor, wie unsere unmittelbare Region in naher Zukunft aussehen wird. Fernbahntrasse mit maximal einem Halt im Europarc im Deutschlandtakt oder aber eine S-Bahn-Trasse in Troglage mit 4.500 Fahrgästen pro Stunde und viel mehr Haltemöglichkeiten. Wählen Sie diese Variante, die innovativ, jung und umweltfreundlich ist, eine WIN-WIN-Situation, wie man heutzutage sagt, da wär auch noch das schützenswerte Naherholungsgebiet hier in der Region erhalten bleibt und berücksichtigt wird, einzigartig diese Perforceheide. Innovativ agieren, Mobilität verbessern, Klima schützen, für unsere Region und darüber hinaus, dafür stehen wir. Und speziell, weil ja die meisten heutzutage sich lieber Bilder anschauen, haben wir als Gedächtnisstütze ein Plakat vorbereitet, das wir Ihnen gerne zeigen wollen und vielleicht überstützt es Sie ja in Ihrer Entscheidungsfindung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf eine rege Diskussion.

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 026/18/1 beteiligt sich:

Frau Dettke zu Protokoll

Wenn wir Schienen neu bauen oder die hier durch unseren Ort gehen, dann sollen die auch erschütterungsarm gebaut werden. Wenn man tagsüber mit dem Bus

nach Mexicoplatz fährt ist das okay, in den Randzeiten ist es schwierig. Wenn man mit dem Fahrrad oder dem Auto nach Mexicoplatz, Sundauer oder Zehlendorf fährt, steht das Fahrrad dort nicht sicher und das Auto ist auch gefährdet, weil es da dicht besiedelt ist und die Leute, die da wohnen, wollen da selber parken. Wenn wir uns die Situation mal anschauen auf der Karte, dann ist in Wannsee alles da. Was wir brauchen ist ein bewachter, überdachter Parkplatz für Autos und Fahrräder. Ein Beispiel davon steht in Blankenfelde. Das ist in Blankenfelde direkt an der Bahn gebaut, wir müssten noch einen Shuttleservice hinkriegen, der ökologisch okay und schnell ist von diesem überdachten bewachten Parkhaus nach Wannsee zu kommen. Dann denke ich, haben wir da Platz und es ist eine schnelle Lösung, eine Übergangslösung, denn bis die Bahn da gebaut ist, das dauert und wir müssen was schnell haben, damit wir gut in die Stadt kommen. Und die Stadt heißt einmal Potsdam und die Stadt heißt aber auch Berlin.

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 026/18/1 beteiligen sich:

Herr Warnick

Frau Schwarzkopf zu Protokoll

Wir von B 90/Die Grünen begrüßen es sehr, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger an den Diskussionen, an den Beschlussvorlagen, an der kommunalen Politik beteiligen, sich interessieren, auch hier in die Gemeindevertretung und in die Ausschüsse kommen. Ich finde es wunderbar, dass Sie heute so zahlreich da sind, möchte aber, um populistischen Wortbeiträgen Vorschub zu leisten, einfach mal nachfragen oder nachhaken. Herr Hartwig, Sie haben gesagt, zu dem Mobilitätsforum, was hier stattgefunden hat, wäre das Protokoll unauffindbar. So hatte ich das vorhin verstanden. Es ist Tatsache, dass diese Veranstaltung nicht von der Kommune veranstaltet wurde, sondern es war ja das Mobilitätsforum der Region TKS. Da gibt es eine Homepage und da kann man nachlesen, was verhandelt wurde an dem Tag. Deswegen möchte ich korrigieren und die Unterstellung, so habe ich es jedenfalls wahrgenommen, richtigstellen.

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 026/18/1 beteiligen sich:

Herr Liebreuz

Herr Martens

Frau Dr. Kimpfel

Frau Sahlmann zu Protokoll

Im Zuge meiner Ausführungen werde ich auch darüber reden und Ihre Fragen beantworten, ob S-Bahn oder Regionalbahn. Wir reden hier über die Beschlussvorlage DS-Nr. 026/18/1, das ist ein Grundsatzbeschluss und eine Positionierung zur Schiene, die unser Bürgermeister dankenswerter Weise vorbereitet hat. Es gibt ja schon einen Antrag von 2016, der auf Initiative der B 90/Grünen hier einstimmig beschlossen wurde und einen Antrag der CDU/FDP vom vorigen Jahr auch zum Thema Stammbahnausbau, der merkwürdigerweise zurückgezogen wurde. Was ich bis heute nicht ganz verstehe, ist, die CDU/FDP hatte angekündigt, dass sie eine Veranstaltung durchführen werden und die Verantwortlichen der Bahn AG und Vertreter der Länder Berlin und Brandenburg einladen, was aber nicht stattgefunden hat. Ich habe auch nochmal nachgefragt und ich denke aus dieser Situation heraus, hat Herr Grubert die Initiative in die Hand genommen und sich gesagt, dass es ein ganz gutes Bild macht, wenn die Gemeinde Kleinmachnow einen mehrheitlichen Beschluss hinkriegt und unterstützt, dass wir eine Schienenanbindung kriegen. Wir ha-

ben diese erfreuliche Situation nachdem Herr Vogelsänger, der ja auch Minister für Verkehr war, dass es Frau Schneider von der SPD gibt. Die ist offensichtlich sehr viel offener der Schienenanbindung gegenüber ist und sogar am 4. Oktober 2017 eine Rahmenvereinbarung der Länder Berlin Brandenburg und der Deutschen Bahn AG zum Wiederaufbau der Stammbahn. Das ist immer allgemein gehalten, da steht nicht drin, wir machen eine Straßenbahn oder eine S-Bahn oder eine Regionalbahn. Das ist einfach eine Schienenanbindung. Es gab auch interessante Veranstaltungen z. B. das Mobilitätsforum, was hier auf Initiative des ADFC und anderer Aktiven der Region stattfand, dabei waren Zehlendorf, Steglitz, Teltow, Stahnsdorf, Kleinmachnow. Dankenswerterweise war auch Herr Kaczmarek, Vertreter der Deutschen Bahn AG und ein super Fachmann auf seinem Gebiet, eingeladen. Auch Herr Dill, Vertreter vom Verkehrsverbund Berlin, war eingeladen. Mich hat es sehr überzeugt, weil ich mich schon mit dem Thema beschäftigt hatte, aber so plastisch hatte ich es noch nie gesehen. Es wurde uns dann noch mal gezeigt, dass diese Region wirklich eine Schienenanbindung braucht, wir sind der Südwesten von Berlin, eine der am stärksten wachsenden Region in ganz Deutschland, und wir können unsere Probleme nicht nur auf der Straße lösen. Wir brauchen die Schiene, um die Straßen zu entlasten. Das sind natürlich verschiedene Gründe, die dahinter stehen. Erstens soll es den Leuten angenehmer sein auf dem Weg zur Arbeit oder in die Freizeit zu kommen und außerdem würde es auch das Klima entlasten. Weniger CO2-Emission, wir müssen auf so etwas achten und können nicht so tun, als ob wir hier in Kleinmachnow auf einer kleinen Insel sind, sondern müssen uns den Gegebenheiten schon stellen. Dazu gehört halt, dass es jetzt so ist, die Wege wurden gewiesen von den Ländern und der Bahn AG, dass man eine Regionalbahn privilegiert auf dieser Schienenanbindung. Bisher ist es so, wenn es morgen anders sein sollte, soll es mir recht sein, aber wir haben eine Chance unseren Ort vernünftig anzubinden, gleichzeitig die Region zu erschließen und besser nach Potsdam und nach Berlin zu kommen, wenn wir das hier unterstützen. Es ist ja nur ein Grundsatzbeschluss. Von Herrn Warnick und Herrn Martens wurde ja mehrmals gesagt, dass wir nicht die Hoheit darüber haben, wir werden beteiligt im Planfeststellungsverfahren. Ich finde es auch nicht ganz reell, Herr Hartwig, was Sie seit Jahren verkündet haben, dass es kein Planfeststellungsverfahren geben wird. Das sagen Sie ja nun inzwischen nicht mehr, weil es bekannt ist, dass ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird. Andere Dinge werden jetzt erfunden z. B. dass ein großer Damm geschüttet werden muss und dass da eine 40 Meter breite Trasse Kleinmachnow wieder von Berlin trennt. Das ist alles nicht der Fall, weil das noch gar nicht auf dem Papier steht. So weit sind wir ja noch gar nicht. Wir sorgen dafür, dass eine Linie planfestgestellt wird, wir unterstützen es nur und es wäre ja wohl Dummheit von Kleinmachnow zu sagen, wir wollen das nicht, wenn das jetzt in der Form in die Wege geleitet wurde. Für uns B 90/Grüne steht ganz klar fest, dass das ein Bekenntnis ist zur sauberen und besseren Mobilität und für den Klimaschutz in unserer Region. Deswegen ist es auch in unserem Wahlprogramm schon seit 2014 verankert und wir werden davon auch nicht abweichen.

Frau Scheib zu Protokoll

Wir hatten letztes Jahr die DS-Nr. 143/17 eingebracht, sie war eine Reaktion auf die ganzen Verunsicherungen und Irritationen auf Grund der Bebauungspläne, die wir in diesem Gebiet beschlossen haben. Wir hatten unseren Antrag derart formuliert, dass wir uns aussprechen für den Ausbau der Stammbahnstrecke als eine S-Bahn-Strecke. Den Antrag haben wir hier eingebracht und relativ schnell gemerkt, dass es doch verschiedenste Meinungen dazu gibt. Vor einem Jahr war die Diskussion bei der Bahn noch gar nicht so weit, aber wir haben doch gemerkt, dass hier viele lieber eine Regionalbahnstrecke favorisieren als den Bau einer S-Bahn. Wir hatten uns erhofft, dass der Antrag von allen Fraktionen unterstützt wird und da das uns nicht so

schien, hat es für mich keinen Sinn gemacht, eine Kampf Abstimmung darüber zu machen, weil es zu keinem Ergebnis geführt hätte. Frau Sahlmann, die Veranstaltung, die Sie ansprechen, wir haben vom CDU-Ortsverband eine Veranstaltung gemacht, aber da muss ich Ihnen vielleicht mal den Ball zurückgeben. Das ganze sollte ja im UVO-Ausschuss in einem Tagesordnungspunkt diskutiert werden. Bis Weihnachten wurde es nicht geschafft und dann wurde ja auch im März dieses Mobilitätsforum veranstaltet, wo ja viele Dinge besprochen wurden. Ich habe mich erstmal ein bisschen gewundert, warum der Beschluss jetzt hier auf dem Tisch ist. Wenn man ihn vorne durchliest, ist ja erstmal alles unschädlich. Da sind wir uns ja, denke ich, in den Überschriften einig. Wir haben uns aber dann hinten die Begründung durchgelesen und waren etwas verwundert, dass dort fast wortwörtlich die Stammbahninitiative zitiert wird. Das hat uns etwas stutzig gemacht. Und Herr Grubert, wenn Sie sagen, wir stehen ja erst am Anfang, ja genau, jetzt am Anfang müssen wir auch ein Meinungsbild hier im Ort festlegen, wie wir uns verhalten. Es ist auch nicht so, dass wir nichts machen können oder als Kleinmachnow nur klein dastehen. Wir haben unsere Position zum Beispiel auch schon in den Kreisverband der CDU weitergetragen, die hatten natürlich auch nicht aus Kleinmachnow Sicht gesehen, haben aber gesagt, dass sie unsere Bedenken verstehen. Das könnte jede Fraktion hier auch machen, es weitertransportieren und das jetzt am Anfang auch die Interessen Kleinmachnows dargestellt werden. Insofern bin ich ganz dankbar über den Beschluss, dass wir nicht, wenn wir vor die Situation gestellt werden, plötzlich dahinstolpern, sondern dass wir jetzt sagen, wo die Interessen Kleinmachnows liegen. Ich habe mein Büro in Charlottenburg, mir nützt eine Regionalbahn, die alle halbe Stunde hier vielleicht mal hält, gar nichts. Ich denke mal, sehr viele arbeiten wirklich in Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg. Neulich bin ich auch stutzig geworden, da habe ich mich mit jemandem unterhalten, der vor dem Mauerbau noch mit der S-Bahn gefahren ist. Da ist man hier eingestiegen, ist durch Westberlin durchgefahren ohne auszusteigen und erst in Ostberlin wieder ausgestiegen. Es gibt jetzt viele Leute, die auch in Westberlin aussteigen wollen. Deswegen ist eine Regionalbahn, die von hier nur bis zum Hauptbahnhof fährt, für Kleinmachnow völlig ungeeignet. Ich hätte wirklich gerne einen Antrag gehabt, dem wir alle hätten zustimmen können, aber die Fokussierung auf die Regionalbahn und zu sagen, eine S-Bahn werden wir nicht bekommen, also stimmen wir für eine Regionalbahn, von der wir nichts haben hier in Kleinmachnow, dem können wir leider nicht zustimmen.

Herr Bültermann zu Protokoll

Die Diskussion macht deutlich, dass es zum großen Teil Konsens hier in der Vertretung gibt. Ich bin ebenfalls lange Mitglied einer Vertretung hier in Kleinmachnow, trete sehr gerne und sehr intensiv für die Belange des Lebens unserer Kommune ein, bin aber ein Kind dieser Region. Wir sind eine Region mit ca. 60.000 Einwohnern. Was wir bereden hat Wirkung auf alle die hier leben. Die Landesregierung hat vor, den Pendlerverkehr, der dummerweise an unserer Kommune vorbeiführt, zu aktivieren und dass trifft unser Interesse. Mein Herz ist groß genug zu sagen, dass Kleinmachnow nicht der Nabel der Welt ist, sondern dass wir ein Teil des Ganzen sind und dass wir auch in unseren Überlegungen daran zu denken haben, wie es den Bürgern in Stahnsdorf, Teltow, Potsdam, Werder, Großkreutz, Götz und Brandenburg geht. Ich denke, soweit wird der Anschluss laufen müssen, wenn er Sinn machen soll. Ich bin langjähriger Lehrer und in einer Region tätig, in der wir, Gott sei Dank, sehr viele Schulen und schulische Angebote haben und wir haben sehr umfangreiche Schülerverkehre. Diese Schülerverkehre sind nicht zwingend in einem Verkehrskonzept eingebunden. Wir planen in Kleinmachnow und arbeiten in Kleinmachnow an einer Lösung für uns und deswegen sind wir jetzt auf einmal für die S-Bahn, weil es der leichteste und einfachste Weg wäre, wenn wir zum Adam-Kuckhoff-Platz fahren und nicht mehr zum Mexikoplatz. Ich könnte mir sehr wohl vorstellen dass wir, und damit

schließe ich mich auch den Wünschen von Herrn Warnick an, einfach realistisch zu sein und zu sagen, es gäbe schon eine Reihenfolge der Realisierung. Die Bahnstrecke muss, um den Verkehr und damit also auch klimatische Bedingungen zu klären, Frau Sahlmann hat es angekündigt und mehrere Redebeiträge haben es deutlich gemacht. Letztendlich geht es darum, dass wir, und ich als Mitglied des Regionalausschusses ganz klar auch, die S 25 präferiert hatten. Wir haben Fragen gestellt, wir haben den Bürgermeister in Teltow die Frage gestellt, die Ruhlsdorfer Straße so exorbitant fantastisch auszubauen, aber im Grunde genommen nicht sichtbar wird, dass eine Vorhalte gegeben ist, eine Querung, nicht dieser Straßentrasse, von Teltow-Stadt nach Stahnsdorf zu ermöglichen. Es sei kein Problem. Nun könnte ich sagen, es ist ein Parteilfreund, dem glaube ich. Ich sehe das kritisch, ich denke es wird noch ein Problem werden. Aber es würde Sinn machen, wenn die S 25 mindestens parallel zu Planungen der Stammbahn vorangetrieben wird, weil damit Verkehr aus der südlichen Region, unserer Region, nicht nach Kleinmachnow reinschwappt, um eventuell am Düppel einzusteigen oder nach Dreilinden zu fahren. Da müssen wir natürlich naturelle Vorhalte schaffen, dass wäre der Haltepunkt, den ich 100% präferieren würde. Letztendlich, und damit schließe ich, denke ich, ist es an der Zeit, dass wir uns Gedanken machen, welche zukünftigen verkehrstechnischen Probleme wir haben, um allen Wünschen gerecht zu werden. Nicht nur den Wünschen Kleinmachnows. Wir leben hier nicht mit einem goldenen Löffel, wir sind Brandenburg.

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 026/18/1 beteiligen sich:

Herr Schubert
Herr Gutheins
Herr Kreemke

Herr Templin zu Protokoll

Lieber Herr Kreemke, nur wer diesem Antrag nicht zustimmt, ist nicht per se ein Klimaschädiger, nur weil auf diesem Antrag steht „Klima schützen“, ohne dass es in diesem Antrag näher verifiziert wird. Wir werden zukünftig auf unsere Anträge den Zusatz bringen „Demokratie stärken“. Wer wird sich dem dann noch verweigern können.

Ich finde es schon sehr richtig, was Herr Warnick hier einleitend gesagt hat. Er hat es leider nicht zu Protokoll gegeben. Er hat die Geschichte dieser ganzen Entwicklung von den Anträgen, Zustimmungen und Beförderungen richtig dargestellt und gleichzeitig hat er auch gesagt, wer in diesem ganzen Verfahren was zu entscheiden hat. Und es stimmt, Kleinmachnow hat in diesem Verfahren nichts zu entscheiden. Kleinmachnow aber macht mit diesem Antrag das Stärkste, was sie überhaupt machen kann, sie mischt sich in dieses Verfahren ein, indem sie den Entscheidungsträgern signalisieren will „passt auf, bei euren ganzen Überlegungen, ob ihr die Stammbahn aktiviert, wir in Kleinmachnow unterstützen das“. Das Signal soll durch diesen Antrag ausgehen. Das befördert etwas, aber natürlich mit Nichten entscheidet das. Und deswegen ist die Frage, warum aus Kleinmachnow dieses Signal ausgehen kann. Unstrittig ist, dass die Reaktivierung der Stammbahn auch für den Ort negative Aspekte hat, außer jemand empfindet Lärmschutzwände als gärtnerische Bereicherung und z. B. eine durchfahrende Bahn, da haben wir zukünftig mit Lärmbelastigungen zu tun. Möglicherweise haben wir es auch mit neuen Verkehrsströmen zu eventuellen Haltepunkten zu tun. Diese Nachteile für Kleinmachnow, wenn ich die Befürworter dieses Antrages richtig verstanden habe, werden dadurch aufgewogen, dass wir in einer Berlin-Brandenburger-Lösung hier eine Verbesserung des Schienennahverkehrs machen. Darin sehe ich aber nicht unsere Aufgabe hier in dieser Gemeindevertretung, sondern wir sollten die Prioritätensetzung so machen, dass es gut für Kleinmachnow ist. Und dabei ist, der Bürgermeister hat gesagt es

stunden gar nichts von der S-Bahn in diesem Antrag drin, aber es steht ja in der Erklärung, dass die Stammbahn andere Verkehrsströme als die S-Bahn bedient. Das heißt, wenn wir sagen, Stammbahn reaktivieren, dann machen wir das im Bewusstsein, dass wir damit eine Regionalbahnstrecke ins Leben rufen. Eine Regionalbahnstrecke, die weder in Kleinmachnow endet noch in Kleinmachnow startet, sondern die durch Kleinmachnow durchfährt. Das heißt, es geht um keine Bahnanbindung von Kleinmachnow, sondern es geht um eine Bahndurchleitung durch Kleinmachnow, bei der es möglicherweise auch noch ein oder zwei Haltepunkte gibt. Dass wir das fordern, das steht aber nicht konditionierend am Anfang Kleinmachnow ist nur dafür wenn, sondern Kleinmachnow bekräftigt, Kleinmachnow begrüßt, Kleinmachnow unterstützt und dann fordern wir noch. Ein bisschen hat mich gewundert, was Herr Schubert gesagt hat, weil es in Kleinmachnow immer noch eine breite Bürgerinitiative gegen Fluglärm gibt. Da würde man auch sagen, ihr müsst mal an das große Ganze denken und nicht über den Lärmschutz über euren Eigenheimen nachdenken. Ich finde es ist unsere Aufgabe hier in der Gemeindevertretung die Interessen von Kleinmachnow darzulegen und ich sehe sie durch diesen Beschluss nicht dargelegt. Wenn wir das bekommen, was wir hiermit erreichen wollen, nämlich dass tatsächlich die Entscheidungsträger Deutsche Bahn, Bund usw. sich für die Reaktivierung der Stammbahn entschließen, dann wird sie irgendwann gebaut. Dann werden da Gleise gebaut, das Grün, was da gewachsen ist und was an anderer Stelle unbedingt erhalten werden soll, das wir durch den ganzen Ort erstmal abgeholzt, das heißt, wir kriegen eine Schneise durch diesen Ort. Auch keine klimatische Bereicherung, zumindest unseres Binnenklimas, Herr Kreemke. Das können Sie in Ihrem Garten gar nicht mehr ausgleichen. Es geht mir tatsächlich darum deutlich zu machen, dass, wenn wir an dieser Stelle, und nur an dieser Stelle haben wir eine gewichtige Stimmung, indem wir sagen, okay, hier flutsch es oder aber hier droht Blockade, wenn wir an dieser Stelle für diese Entwicklung, die mit der Stammbahn einhergeht, grünes Licht geben. Deswegen, ich gehe davon aus, dass dieser Beschluss gefasst wird, aber das Signal, was mit diesem Beschluss verbunden sein soll, dass es nämlich in Kleinmachnow insgesamt eine begrüßenswerte Sache ist, dass die Stammbahn reaktiviert wird, dass wir durch die Gegenstimmen, und das wird auch gegen den Protest dagegen eher lauter werden und demzufolge geht von diesem Beschluss möglicherweise, trotz einer mehrheitlich positiven Entscheidung in der Gemeindevertretung, ein ganz anderes Signal aus. Das erhoffe ich mir zumindest.

Geschäftsordnungsantrag des Vorsitzenden, Herrn Tauscher – Ende der Aussprache

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:

Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

Frau Dr. Bastians-Osthaus zu Protokoll

Es ist natürlich immer schwierig, nach Herrn Templin zu sprechen. Die BIK ist ja damals unserem Antrag auch beigetreten, deswegen kann ich voll unterstützen was Herr Templin gesagt hat und muss das gar nicht alles wiederholen. Ich möchte aber meine Empörung zum Ausdruck bringen über diese Irreführung durch den Bürgermeister, zu sagen, guckt mal, im Beschlussvorschlag steht doch gar nichts von Regionalbahn drin. Aber in der Begründung steht es aber umso öfter und man kann einen Beschluss immer nur in Verbindung mit der Begründung auch lesen und auslegen und insofern, wenn wir diesen Beschluss beschließen würden, würden wir uns und das hat Herr Templin schon gesagt, eindeutig für eine Regionalbahnstrecke, für eine Fernbahnstrecke, aussprechen und das kann nicht im Interesse von Kleinmachnow sein. Wir müssen an Groß Kreuz etc. denken, ja in der Tat. Ich möchte

auch gar nicht die Interessen der Region Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf gegen die Interessen des südlichen Umlandes oder des Brandenburger Hinterlandes auszuspielen, aber es gibt ja Alternativen zur Stammbahn. Herr Hartwig hat vorhin ja auf die Alliiertenbahn hingewiesen und es gibt noch verschiedene andere Möglichkeiten, wo eine Regional-Fernbahn-Strecke für den Anschluss des Hinterlandes langgehen könnte, ohne dass dafür Kleinmachnow diese erheblichen Nachteile hin zunehmen hätte, die der Fernbahnverkehr hier auf der Stammbahn mit sich brächte. Denn eines ist doch völlig klar, eine Regionalbahn, schauen wir doch mal nach Teltow, hält vielleicht stündlich, vielleicht kriegen wir einen Bahnhof, vielleicht kriegen wir aber auch keinen Bahnhof. Wenn wir ganz großes Glück haben, halbstündlich. Welcher Berufspendler wird denn das hier in Kleinmachnow nutzen, wenn er fünf Minuten weiter eine S-Bahn-Anbindung in Zehlendorf hat. Das macht ja keiner, also fahren wieder alle durch den Ort durch. Für Kleinmachnow bringt eine Stammbahn als Regionalbahn gar nichts. Ich bin auch etwas überrascht über den Vorschlag von Herrn Warnick und Herrn Schubert, die Regionalbahn in eine Troglage zu legen. Ich vermute, das wird dann eine bauingenieurstechnische Meisterleistung. Wir machen dann kein Schiffshebewerk, sondern ein Eisenbahnhebewerk über die Autobahn, denn ich glaube, es ist Grundkurs für Bahningenieure, dass die Steigungsfähigkeiten einer S-Bahn ganz andere sind, als die einer Regionalbahn. Wenn Sie die Regionalbahn in Troglage durch Kleinmachnow führen, kommt die im Leben nicht über die Autobahn und ich weiß nicht, was Sie sich da vorstellen und bin gespannt auf den Vorschlag, der da kommen soll. Vielen Dank Herr Schubert, für die Zustimmung. Auch bin ich überrascht, ich hatte ja vorhin schon gesagt, dass ich finde, es müsste auf die Bürgerfragen schon geantwortet werden. Das ist in weiten Teilen nicht passiert. Insofern möchte ich einige von den Fragen, die ich mir aus dem Kopf heraus noch notiert habe, doch noch stellen. Die Frage war nämlich, hat die Verwaltung belastbare Verkehrszahlen zu den Zielen der Teltow-Kleinmachnow-Stahnsdorf-Pendler? Ich glaube nicht, dass alle nach Mitte wollen. Wurden im Umweltausschuss die Umweltauswirkungen gegeneinander abgewogen? Sind die Auswirkungen der Stammbahn als Regionalbahn und als S-Bahn auf den Durchgangsverkehr in Kleinmachnow untersucht worden? Angesichts der Anbindung an den Güterverkehr durch eine einzige Kurve in Steglitz, möchte ich gerne wissen, woher die Erkenntnis kommt, dass auf keinen Fall ein Güterverkehr auf der Strecke kommen soll. Angesichts der Tatsache, dass weite Teile des Antrages von der Stammbahn-Initiative abgeschrieben sind, möchte ich auch noch die Frage stellen, wer diesen Antrag eigentlich erarbeitet hat. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass der Bürgermeister und die Verwaltung hier ein Plagiat vorlegen.

Auf der Rednerliste steht noch:

Frau Dr. Kimpfel

Geschäftsordnungsantrag der Fraktion CDU/FDP – namentliche Abstimmung

Namentliche Abstimmung zur DS-Nr. 026/18/1

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Bastians-Osthaus, Dr. Uda		X	
Baumgraß, Holger	X		
Brammer, Viktoria	X		
Bültermann, Bernd	X		

Christall, John	X		
Dettke, Martina	X		
Grubert, Michael	X		
Gutheins, Norbert		X	
Heilmann, Kathrin		X	
Hurnik, Markus		X	
Kimpfel, Dr. Kornelia		X	
Kreemke, Wolfgang	X		
Krüger, Bernd		X	
Liebrenz, Henry	X		
Martens, Michael	X		
Nieter, Wolfgang	-	-	-
Oeff, Alan	-	-	-
Sahlmann, Barbara	X		
Scheib, Angelika		X	
Schramm, Raoul	X		
Schubert, Matthias	X		
Schulz, Kersting, Maximilian	-	-	-
Schwarzkopf, Andrea	X		
Singer, Thomas	X		
Storch, Katharina			X
Tauscher, Maximilian		X	
Templin, Roland		X	
Warnick, Klaus-Jürgen	X		
Wolschon, Jörg Wolfram	X		
gesamt	16	9	1

Abstimmung zur DS-Nr. 026/18/1:

Die DS-Nr. 026/18/1 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 7.2	Abwägung zum Entwurf des Bebauungsplanes KLM-BP-050 "Bereich Mittebruch" (Abwägungsbeschluss)	DS-Nr. 027/18
----------------	--	----------------------

1. Die Stellungnahmen, die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden/sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplanes KLM-BP-050 „Bereich Mittebruch“ eingegangen sind, wurden geprüft. Das Ergebnis ist in den Anlagen 2 und 3 dargestellt.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Bürger sowie die Behörden/sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis in Kenntnis zu setzen. Dabei sind die Gründe anzugeben, die zu dem Abwägungsergebnis führten. Bei einer Vorlage des Bebauungsplanes nach § 10 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) sind die nicht berücksichtigten Stellungnahmen mit einer Stellungnahme der Gemeinde beizufügen.

Anlagen

- Abgrenzung Geltungsbereich KLM-BP-050 „Bereich Mittebruch“
- Abwägungsmaterialien:*
- Beteiligung der Öffentlichkeit
 - Beteiligung der Behörden/sonstigen Träger öffentlicher Belange

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 027/18 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 027/18:

Die DS-Nr. 027/18 wird einstimmig beschlossen.

TOP 7.3

Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan KLM-BP-050 "Bereich Mittebruch"

DS-Nr. 028/18

1. Die Gemeindevertretung beschließt für das in Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet entsprechend dem heute beschlossenen Abwägungsergebnis, gemäß § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) - BauGB, den Bebauungsplan KLM-BP-050 „Bereich Mittebruch“, bestehend aus
Teil A: Zeichnerische Festsetzungen (Planzeichnung) und
Teil B: Textliche Festsetzungen
(vgl. Anlagen 2 und 3) als Satzung.
2. Die Begründung i. d. F. vom 16.04.2018 wird gebilligt.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, diesen Beschluss sowie die Angaben darüber, an welchem Ort und zu welchen Zeiten der Plan mit der Begründung von jedermann auf Dauer eingesehen und Auskunft über seinen Inhalt verlangt werden kann, ortsüblich bekannt zu machen.

Anlagen

- Abgrenzung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes KLM-BP-050 „Bereich Mittebruch“

Bebauungsplan KLM-BP-050 (Stand: 16.04.2018), bestehend aus:

- Teil A - Zeichnerische Festsetzungen (Planzeichnung)
- Teil B - Textliche Festsetzungen
- Begründung zum Bebauungsplan KLM-BP-050

An der Aussprache zur DS-Nr. 028/18 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 028/18:

Die DS-Nr. 028/18 wird einstimmig beschlossen.

TOP 7.4

Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes KLM-BP-006-c-5 "östlich Pascalstraße" (Auslegungsbeschluss)

DS-Nr. 030/18

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes KLM-BP-006-c-5 "östlich Pascalstraße", bestehend aus Teil A – Planzeichnung und Teil B – Textliche Festsetzungen (vgl. Anlage 2) sowie die Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf, die Begründung einschließlich Umweltbericht und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Der Zeitraum der Auslegung ist rechtzeitig öffentlich bekannt zu machen.
3. Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Sie sollen außerdem von der Auslegung benachrichtigt werden.

Anlagen

- Abgrenzung des Geltungsbereiches KLM-BP-006-c-5 "östlich Pascalstraße"
- Bebauungsplan-Entwurf KLM-BP-006-c-5 "östlich Pascalstraße", bestehend aus:
 - Teil A – Planzeichnung
 - Teil B – Textliche Festsetzungen
- Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden mit Schreiben vom 10.07.2017, hier: Auswertung

Nur zur Information:

- Überlagerung Entwurf mit städtebaulichem Lageplan, Konzept Nägeliarchitekten, Stand 01.10.2015
- Gegenüberstellung der Textlichen Festsetzungen des KLM-BP-006-c-4 "Verlängerung Fahrenheitstraße" und dem Vorentwurf KLM-BP-006-c-5 "östlich Pascalstraße"

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 030/18 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert
Frau Scheib
Frau Storch
Frau Sahlmann
Herr Bültermann
Herr Warnick
Frau Schwarzkopf
Herr Templin
Herr Schubert

Geschäftsordnungsantrag der Fraktion SPD/PRO – namentliche Abstimmung.

Der Bürgermeister beantragt eine Auszeit.

Drei Minuten Auszeit 22:07 Uhr bis 22:10 Uhr

Namentliche Abstimmung zur DS-Nr. 030/18

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Bastians-Osthaus, Dr. Uda		X	
Baumgraß, Holger	X		
Brammer, Viktoria	X		
Bültermann, Bernd	X		
Christall, John	X		
Dettke, Martina	X		
Grubert, Michael	X		
Gutheins, Norbert		X	
Heilmann, Kathrin		X	
Hurnik, Markus		X	
Kimpfel, Dr. Kornelia		X	
Kreemke, Wolfgang	X		
Krüger, Bernd		X	
Liebrenz, Henry	X		
Martens, Michael	X		
Nieter, Wolfgang	-	-	-
Oeff, Alan	-	-	-
Sahlmann, Barbara		X	
Scheib, Angelika		X	
Schramm, Raoul	X		
Schubert, Matthias	X		
Schulz, Kersting, Maximilian	-	-	-
Schwarzkopf, Andrea		X	
Singer, Thomas	X		
Storch, Katharina		X	
Tauscher, Maximilian		X	
Templin, Roland		X	
Warnick, Klaus-Jürgen	X		
Wolschon, Jörg Wolfram	X		
gesamt	14	12	0

Abstimmung zur DS-Nr. 030/18:

Die DS-Nr. 030/18 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 7.5 **Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-006-c-2** **DS-Nr. 031/18**
"östliches Kerngebiet", hier: Anpassung des Aufstellungsbeschlusses DS-Nr. 139/17 vom 28.09.2017

1. Das Bebauungsplan-Verfahren KLM-BP-006-c-6 „nördlich Stolper Berg“, vgl. Aufstellungsbeschluss DS-Nr. 139/17 vom 28.09.2017, wird unter der geänderten Be-

zeichnung Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-006-c-2 „östliches Kerngebiet“ weitergeführt. Zugleich wird der Geltungsbereich, wie in Anlage 1 dargestellt, erweitert und neu abgegrenzt (vgl. Anlage 2).

Die neue Verfahrensbezeichnung und die Neuabgrenzung des Geltungsbereiches sind ortsüblich bekannt zu machen.

2. Der Bebauungsplan soll den hier bisher rechtswirksamen Bebauungsplan KLM-BP-006-c-2 „Fashion Park/östliches Kerngebiet“ (vgl. Anlage 3) modifizieren. Die von dieser Änderung nicht berührten Festsetzungen sollen unverändert beibehalten werden.
3. Die Aufstellung des B-Planes geschieht im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und ohne frühzeitige Beteiligungen von Öffentlichkeit und Behörden/ sonstigen Trägern öffentlicher Belange.

Anlagen

- 1. Änderung des B-Planes KLM-BP-006-c-2 „östliches Kerngebiet“, Erweiterungsfläche
- ders., Geltungsbereich
- rechtswirksamer Bebauungsplan KLM-BP-006-c-2 „Fashion Park / östliches Kerngebiet“
- Konzept für das südliche Grundstück (Flur 1, Flurstücke 4445, 4448 und 3079)

➤ Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 031/18 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 031/18:

Die DS-Nr. 031/18 wird einstimmig beschlossen.

TOP 7.6	Öffentliche Auslegung des Entwurfes der 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-006-c-2 "östliches Kerngebiet" (Auslegungsbeschluss)	DS-Nr. 032/18
----------------	--	----------------------

1. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-006-c-2 „östliches Kerngebiet“ wird gebilligt.
2. Der Entwurf und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Der Zeitraum der Auslegung ist rechtzeitig öffentlich bekannt zu machen.
3. Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Sie sollen außerdem von der Auslegung benachrichtigt werden.
4. Das Aufstellungsverfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB, ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, durchgeführt.

Anlagen

- Abgrenzung des Geltungsbereiches der 1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-

- Teil B textliche Festsetzungen (vgl. Anlagen 2 und 3) als Satzung.
- Die Begründung i. d. F. vom 16.04.2018 wird gebilligt.
 - Der Bürgermeister wird beauftragt, diesen Beschluss sowie die Angaben darüber, an welchem Ort und zu welchen Zeiten der Plan mit der Begründung von jedermann auf Dauer eingesehen und Auskunft über seinen Inhalt verlangt werden kann, ortsüblich bekannt zu machen.

Anlagen

- Abgrenzung Geltungsbereich KLM-BP-019-12
- Bebauungsplan KLM-BP-019-12 „Adolf-Grimme-Ring 1“, bestehend aus:*
- Teil A Zeichnerische Festsetzungen (Planzeichnung, Stand: 27.11.2017)
 - Teil B Textliche Festsetzungen, Stand: 27.11.2017
 - Begründung zum Bebauungsplan KLM-BP-019-12, Stand: 16.04.2018

An der Aussprache zur DS-Nr. 034/18 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 034/18:

Die DS-Nr. 034/18 wird einstimmig beschlossen.

TOP 7.9

Elektromobilitätskonzept für die Gemeinde Kleinmachnow, Durchführung standortbezogener Interessenbekundungsverfahren

DS-Nr. 036/18

- Das Elektromobilitätskonzept für die Gemeinde Kleinmachnow, Stand 28.03.2018 wird gebilligt (Anlage 2).
- Der Bürgermeister wird beauftragt, an den sieben Standorten
 - Adolf-Grimme-Ring Süd (Parkplatz Rathaus)
 - Adolf-Grimme-Ring Ost und West (Parkplätze Rathausmarkt)
 - Parkplatz Rammrath-Brücke
 - August-Bebel-Siedlung
 - Gewerbegebiet TIW/Bebauungsplangebiet KLM-BP-006-c-5 „östlich Pascalstraße“
 - Kammerspiele und Uhleneck
 - Kreuzung Zehlendorfer Damm/Thomas-Müntzer-Damm/Meiereifeld

Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge zu errichten.

Dazu sind bei der Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen (BAV) als der für die Ausreichung der Fördermittel zuständigen Stelle standortbezogen Genehmigungen für einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn einzuholen, Interessenbekundungsverfahren für die Errichtung von Ladeinfrastruktur durchzuführen und eine Vergabeentscheidung vorzubereiten.

Anlagen

- Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen (BAV), Information vom 07.03.2018 über grundsätzliche Förderfähigkeit des gemeindlichen Antrags im Rahmen des Bundesprogramms Ladeinfrastruktur (E-Mail)
- Elektromobilitätskonzept für die Gemeinde Kleinmachnow, Stand: März 2018

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 036/18 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert
Frau Scheib
Herr Hurnik
Frau Dr. Bastians-Osthaus
Herr Kreemke
Frau Schwarzkopf

Abstimmung zur DS-Nr. 036/18:

Die DS-Nr. 036/18 wird einstimmig beschlossen.

TOP 7.10

**Verbesserung der Verkehrssituation in der Sommerfeld-Siedlung,
hier: Konzeptplanung für das Gesamtquartier**

DS-Nr. 037/18

1. Die zum Abschluss des Bürgerdialogs zur Verkehrssituation in der Sommerfeldsiedlung vorgelegte Unterlage mit Stand 20.03.2018 (vgl. Anlage 2) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die innerhalb der Sommerfeldsiedlung (vgl. Anlage 1, Übersichtskarte) gelegenen öffentlichen Straßenverkehrsflächen
An der Stammbahn, Brodberg, Feldfichten, Franzosenfichten, Im Dickicht, Johannistisch, Kuckuckswald, Meisenbusch, Pilzwald, Rosenhag, Seematen, Steinweg und Wendemarken
werden grundhaft erneuert.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die für die Planung der vorgenannten Verkehrsanlagen erforderliche Ingenieurvermessung (vermessungstechnische Leistungen) und ein Baugrundgutachten zu beauftragen.
4. Der Bürgermeister wird darüber hinaus beauftragt, zum Sitzungsdurchlauf im Mai/Juni 2018 einen Beschluss vorzulegen, in dem Vorschläge unterbreitet werden, wie die in Anlage 2 aufgeführten Fragestellungen in der Entwurfsplanung für die Verkehrsanlagen berücksichtigt werden können.

Anlagen

- Umgrenzung Straßenraum
- Unterlagen Abschluss Bürgerdialog 20. März 2018 (Präsentation, 36 Seiten)

Antrag auf Rederecht von Herrn Steinacker

Abstimmung Rederecht für Herrn Steinacker:

Dem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

Herr Steinacker

Der Streit um die Erneuerung der Straße und Gehwege in der Sommerfeld-Siedlung ist ja mit der vierten Bürgerwerkstatt am 20. März dieses Jahres und damit auch dem Abschlusses des Bürgerdialoges erfreulicherweise einer Annäherung der Beteiligten bei der Suche nach möglichst geeigneten Lösungen gewichen. Es gibt mittlerweile

einen Grundkonsens zwischen Verwaltung, also dem Bauamt, und der Bürgerinitiative und damit wohl auch der Mehrheit der betroffenen Anwohner, dass die Erneuerung in Angriff genommen werden soll. Das steht ja heute auch zur Beschlussfassung an. Einvernehmen besteht auch dahingehend, dass mit den vorgesehenen Maßnahmen der Siedlungscharakter, so wie er in den 30er Jahren entstanden ist, möglichst wenig tangiert und beeinträchtigt werden soll. Hinsichtlich wesentlicher Gestaltungsfragen allerdings zum Beispiel Straßenprofile, Straßenbelag Beton vs. Asphalt, Parkregelung, Art der Gehweg- und Parkplatzflächenbefestigung gibt es hingegen noch relativ viel Dissens zwischen uns und der Verwaltung. Wir haben Gespräche geführt, konnten aber noch keine Einigung erreichen. Auch nach dem letzten Treffen mit dem Bauamt am 8. Mai 2018, wiederum in einer sehr angenehmen und sachorientierten Atmosphäre, ist deutlich geworden, dass wir jetzt an einem Punkt sind, wo es nicht mehr weitergeht, es gibt Konsense aber auch Dissense. Vor dem Hintergrund was sich in den letzten Wochen schon abzeichnete, haben wir das intensive Gespräch mit Ihnen gesucht, den Gemeindevertretern in Kleinmachnow. Das, denke ich, war auch eine breite und erfolgreiche Sache. Wir haben alle Gemeindefraktionen besucht, haben mehrere Siedlungsspaziergänge mit einzelnen Fraktionen gemacht und haben bei diesen Treffen für unsere Lösung zur Erneuerung der Straßen und Gehwege im Siedlungsgebiet geworben, welche übrigens, und das wollte ich nochmal in diesem Zusammenhang sagen, nicht von uns am grünen Tisch ausgedacht wurden. Wir haben hier Vorschläge abgeleitet aus unserer Anwohnerumfrage aus dem letzten Spätsommer, an der sich sehr viele Menschen aus dem Siedlungsgebiet beteiligt haben. Aus unserer Sicht war der Austausch mit den Gemeindevertretern bisher außerordentlich erfreulich, überwiegend haben wir offene Ohren gefunden und uns gehört gefühlt. Wir haben natürlich nicht Zustimmung zu allen Aspekten in allen Situationen von Ihnen erhalten, das wäre sicherlich auch etwas ungewöhnlich. Wir haben aber konstruktiv und teilweise auch kritisch mit Ihnen diskutieren können. Das ist wunderbar und dafür möchte ich mich bei Ihnen noch einmal ganz herzlich bedanken, natürlich auch im Namen meiner Kollegen der Bürgerinitiative. Ein wichtiger Punkt dieser Gespräche bildete zuletzt auch unser Wunsch, dass die Entscheidung über die Gestaltungsfragen zeitlich gestreckt wird, also der Entscheidungsfahrplan noch einmal angepasst wird. Wir sind der Meinung, dass die Punkte zu den Straßenprofilen, zu den Straßenbelägen und auch zur Gehweggestaltung usw. noch nicht hinreichend validiert sind. Da gibt es noch viele Aspekte zu klären wie Nachhaltigkeitsbetrachtung und weitere. Und das sollte passieren möglichst unter Einbeziehung vieler Anwohner, denn die Menschen in der Siedlung finden das Thema mindestens genauso wichtig wie das Thema Stammbahn, dass, wie wir gerade gehört haben, heute einen ganz großen Stellenwert in der Sitzung eingenommen hat. Also wir plädieren für mehr Zeit. In der letzten Woche hat sich, auch am 8. Mai 2018, ein neuer Aspekt ergeben. Direkt nach unserem Treffen mit Herrn Ernsting hatten wir die Gelegenheit, die Fraktion SPD/PRO zu besuchen. Da ergab sich ein Hinweis, der letztendlich und vor meiner Anregung von Herrn Schubert formuliert wurde. Herr Schubert sagte so sinngemäß „Die Bürgerinitiative wäre gut beraten, wenn sie sich hinsichtlich ihrer Gestaltungsvorschläge, insbesondere für die Gehwege, für die nicht versiegelte Erneuerung der Gehwege, also ohne Platten, und die entsprechende Befestigung der Parkplatzflächen unter Nutzungs-, Haltbarkeits- und Kostengesichtspunkten sozusagen um eine deutliche Fundierung ihrer Position bemühen würde. Wir könnten nicht erwarten, dass das die Verwaltung macht, weil die natürlich ihre Vorschläge favorisiert und aufbereitet, aber nicht die Vorschläge der Bürgerinitiative, die eben in diesen Punkten abweichend sind.“ Diese Anregung ist nach Lage der Dinge sicherlich sehr richtig und nachvollziehbar. Deshalb haben wir sie zwischenzeitlich aufgegriffen und zwar durch Kontaktierung eines namhaften Materialanbieters. Das betreffende Unternehmen heißt „HanseGrand“, ist einer der größten Anbieter für alternative Baustoffe und hatte auch schon mal Kontakt mit der Gemeindeverwaltung. Nach unserem ersten Gespräch

mit Herrn Ernsting haben wohl Mitarbeiter von Herrn Ernsting dort angerufen und man hat vereinbart, Kontakt aufzubauen. Das ist aber nicht weiterverfolgt worden, wie man mir gesagt hat, so dass der Kontakt von uns jetzt neu geknüpft wurde. Wir sind mit dem Unternehmen zu einer spannenden Verfahrensidee gekommen. Die Firma hat angeboten, unserem Vorschlag zu folgen und hier vor Ort in Kleinmachnow ihre verschiedenen Materialien und Produkte vorzustellen und zwar vor Vertretern der Bürgerinitiative, Vertretern der Bauverwaltung und auch vor Ihnen. Also alle interessierten Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter können sich in diesen Prozess mit einschalten. Ich finde, das ist ein sehr spannendes Angebot, so könnten die Materialien und ihre Eignung für die spezifischen Anforderungen in der Siedlung, und die sind ja wirklich vielleicht sehr speziell, gemeinsam erörtert und in einem sicherlich nicht ganz kurzen Prozess abgewogen werden und schließlich könnten Sie dann, wenn man so einen Prozess durchläuft, in der Gemeindevertretung auch auf fachlich abgesicherter Grundlage letztendlich die Entscheidung treffen, wie die Gehwege zum Beispiel in der Sommerfeld-Siedlung neu gestaltet werden sollen. Allen Beteiligten, und darunter sehe ich ausdrücklich auch Verwaltung und den Bürgermeister, könnte bei einem solchen Vorgehen ein Gewinn haben. Es ist eine WIN-WIN-Situation für alle Beteiligten. Die Entscheidung wäre in maximalem Maße transparent für alle, einschließlich der Anwohner. Das ist immer ein wichtiger Aspekt, also die Anwohner nicht vergessen. Sie wäre sachlich sicherlich gut fundiert, besser fundiert als alles, was wir bisher haben und sie würde wahrscheinlich auch, und da bin ich mir ziemlich sicher, in einem absehbaren größtmöglichen Konsens herbeigeführt werden. Das ist ja Ziel der Sache, die Bürgerinitiative will ja keine Verweigerungshaltung praktizieren, das ist langweilig und führt auch zu nichts. Wir wollen nur eine Lösung mittransportieren und auf den Weg bringen, wo man hinterher sagen kann, hier hat Kleinmachnow gut funktioniert, die Verwaltung, die Gemeindevertretung, die Bürger – alle an einem Strang. Das ganze erfordert aber Zeit, Zeit die nach der aktuellen Ablaufplanung der Verwaltung so in der Form nicht verfügbar ist. Da soll ja schon im Sitzungsdurchlauf Mai/Juni über die Gestaltungsfragen entschieden werden. Wir plädieren deshalb dafür, dass man diese Entscheidung vertagt auf die Sitzung nach der Sommerpause, auf August/September. Dann hätten wir hier im Ort drei Monate mehr Zeit, um uns fundierten Lösungen zu widmen. Ich denke, die Anwohner, die betroffen sind, würden es uns danken. Das ist sozusagen das Petikum. Der kleine Nachteil, dass dadurch, das hat mir Herr Ernsting natürlich gesagt, das schwöre ich Ihnen, der ganze Planungsdurchlauf bis zum Beginn der Baumaßnahmen, angestrebt ist momentan im Frühjahr 2020, ein bisschen gestreckt werden könnte, ist, glaube ich, gemessen daran ein sehr kleiner Nachteil, den man nicht als entscheidend erachten kann.

Beantwortung der Anfrage aus dem Hauptausschuss hinsichtlich der Befangenheit

Herr Grubert zu Protokoll

Es ist ja so, dass einige Gemeindevertreter in der Siedlung wohnen oder Eigentum dort besitzen und es deshalb auch immer die Frage gibt, wer befangen ist. Ich bin gebeten worden, die Kommunalaufsicht zu fragen. Das habe ich mit Schreiben vom 8. Mai 2018 auch gemacht. Ich habe dann das von uns vorgeschlagene Verfahren erläutert, dass zunächst ein Grundsatzbeschluss über die grundsätzliche Sanierung und dann ein zweiter Grundsatzbeschluss über den Ausbaustandard erfolgen soll. Dann soll ein Errichtungsbeschluss für jede Straße erfolgen. Dann habe ich auch die Situation vorgestellt, dass es Eigentümer gibt, Eigentümer und gleichzeitig Bewohner, Fremdeigentümer oder Mieter oder Angehörige von Eigentümern und Mietern.

Von der Kommunalaufsicht, Herrn Theiling, habe ich folgende Antwort bekommen:
„Gemäß § 22 BbgKVerf darf der ehrenamtlich Tätige weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit ihm selbst, einem seiner Angehörigen oder einer von ihm kraft Gesetzes oder kraft Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

Für die Frage, ob eine Entscheidung einen Vor- oder Nachteil bringen kann, kommt es nicht auf die tatsächliche Auswirkung, sondern auf die Möglichkeit an. Dabei reicht die konkrete, nicht nur theoretische Möglichkeit eines Vor- oder Nachteils aus. Die Zahlung von Straßenausbaubeiträgen stellt ohne jeden Zweifel einen solchen Nachteil dar.

Fraglich ist jedoch, ob bereits durch den Grundsatzbeschluss, DS-Nr. 037/18, eine solche Zahlungspflicht unmittelbar ausgelöst wird. Eine unmittelbare Zahlungspflicht ist dann anzunehmen, wenn sie durch die Mitwirkungsbehandlung, hier Beratung und Entscheidung, ohne weiteres Ereignis eintritt oder wenn zwar ein weiteres Ereignis erforderlich ist, dieses aber auf Grund der Mitwirkungshandlung zwangsläufig eintritt.

Dies ist jedoch bei dem Beschluss über die grundsätzliche Sanierung nicht der Fall. Wir sind der Auffassung (*Anmerkung BM: Er hat extra gesagt, es sei eine Kammerentscheidung aller Leute und seines Chefs gewesen.*), dass durch den Grundsatzbeschluss DS-Nr. 037/18 eine solche Zahlungspflicht nicht unmittelbar ausgelöst wird. Eine Befangenheit einzelner Gemeindevertreter/innen ist nicht anzunehmen.

Dagegen kann sich die später im zweiten Schritt beabsichtigte Festlegung des Ausbaustandards und die im dritten Schritt beabsichtigte Entscheidung über den Errichtungsbeschluss für jede einzelne Straße, nach hiesiger Auffassung unmittelbar auf die Höhe der Zahlungspflicht der Straßenausbaubeiträge auswirken. Denn die Verwaltung hätte bei der Erhebung der Straßenausbaubeiträge kein Ermessen. Die Zahlungsverpflichtung tritt sozusagen zwangsläufig ein.

Mieter wären, bezogen auf die Straßenausbaubeiträge, nicht vom Mitwirkungsverbot betroffen (*Anmerkung BM: ... weil sie sie nicht zahlen müssen*).

Herr Grubert

Ich denke, dass bei diesem Grundsatzbeschluss keiner befangen ist. Bei den weiteren Beschlüssen zum Ausbaustandard muss jeder Gemeindevertreter das nach § 22 BbgKVerf überprüfen und selber entscheiden. Ansonsten kann auch die Gemeindevertretung darüber abstimmen. Heute können alle abstimmen.

Frau Heilmann

Ich habe eine Frage zu der Formulierung familiäre Angehörige. In welchem Grad steht das?

Herr Grubert

Das steht im Gesetz, ich weiß es jetzt nicht.

Frau Heilmann

Das kann ich genau nachlesen, weil das würde für mich dann zutreffen.

Herr Kreemke

Betrifft das in der zweiten und dritten Phase prinzipiell die Anlieger, auch wenn ich der Meinung bin, als Anlieger ich bezahle den Preis, weil ich der Meinung bin, es ist

richtig?

Herr Grubert

Ab dem nächsten Mal ist man befangen. Es geht darum, den bösen Anschein, dass die Selbstverwaltung durch sachfremde und eigennützige Interessen bestimmt wird, zu vermeiden.

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

Änderung durch den Einreicher zum Punkt 4

... zum Sitzungsdurchlauf im Mai/Juni 2018 wird geändert in:

... zum Sitzungsdurchlauf nach der Sommerpause 2018 ...

An der Aussprache zur geänderten DS-Nr. 037/18 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert
Frau Sahlmann
Herr Templin
Herr Martens
Frau Dr. Kimpfel

Abstimmung zur geänderten DS-Nr. 037/18:

Die geänderte DS-Nr. 037/18 wird einstimmig beschlossen.

TOP 8	Auftragsvergaben
--------------	-------------------------

TOP 8.1	Vergabe Sofortmaßnahme Regen- / Niederschlagswasser-Entsorgungsanlage (Eigenherd-Schule / Hort Wirbelwind)	DS-Nr. 056/18
----------------	---	----------------------

Herr Grubert

Der Beschluss, den wir vorsichtshalber auf die Tagesordnung genommen haben, entfällt. Es wurde eine Ausschreibung durchgeführt, drei Firmen haben sich beworben. Eine Firma liegt knapp darüber. Die Firmen kriegen dass nur hin, wenn wir die Aufgaben, die in zwei Bereichen sind, teilen. Zum einen in Regenentwässerung und zum anderen das Pflastern. Es hat sich glücklicherweise dann so ergeben, dass die beiden Firmen, die die Gewinner waren, mit der Teilung einverstanden sind. Die eine Firma kann mit der Regenentwässerung im Juni beginnen und die andere Firma kann im Juli pflastern. Die dritte Firma hat zurückgezogen. Wir werden den Kostenrahmen einhalten, vielleicht sogar leicht unterschreiten und schaffen es dadurch eine Lösung zu bekommen, dass beide Aufträge um die 30.000 Euro liegen und damit unter der Zustimmungsfähigkeit des Hauptausschusses, das kann die Verwaltung alleine bestimmen, da das Geld im Haushalt eingestellt ist. Eine Abstimmung mit dem KITA-Verbund ist erfolgt.

TOP 9 Schöffenwahl 2018

TOP 9.1 Schöffenwahl 2018 für die Amtsperiode 2019 bis 2023

DS-Nr. 043/18

Die in der Anlage aufgeführten Personen werden in die Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffen am Landgericht und Amtsgericht Potsdam aufgenommen.

Hinweis:

Die Gemeindevertreter müssen mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung, die Vorschlagsliste für die Schöffenwahl beschließen.

Anlage
Vorschlagsliste

Geschäftsordnungsantrag der Fraktion CDU/FDP – Behandlung der Beschlussvorlage in nicht öffentlicher Sitzung

- Der Vorsitzende, Herr Tauscher, schlägt auf Grund der späten Stunde vor, die Punkte TOP 10 ff. auf der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung am 28. Juni 2018 zu behandeln.
- Dem Vorschlag wird zugestimmt. Die DS-Nr. 043/18 wird in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.

Ende der öffentlichen Sitzung 22:58 Uhr

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

TOP 9.3 Abstimmung zur DS-Nr. 043/18

Abstimmung zur geänderten DS-Nr. 042/18:

Die DS-Nr. 042/18 wird mehrheitlich beschlossen.

Ende der Sitzung 23:20 Uhr

Kleinmachnow, den 06.07.2018

Maximilian Tauscher
Vorsitzender der Gemeindevertretung